



V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

34. Jahrgang · Heft 4

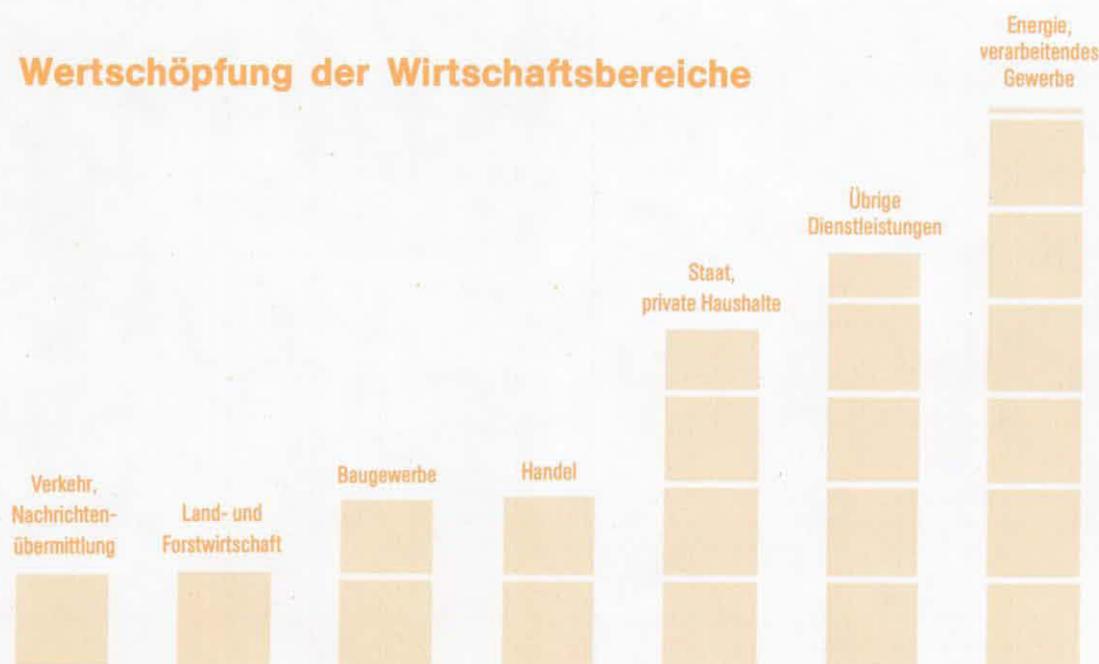
April 1982

Grafik des Monats: Wasser im verarbeitenden Gewerbe

Aufsätze: Umweltstatistiken
Ausländer

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Februar 1982		Januar bis Februar 1982	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	175	- 2,6	175	- 3,0
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	17	- 4,6	17	- 5,9
Löhne und Gehälter	Mill. DM	442	+ 1,4	448	- 0,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 537	- 0,1	2 576	+ 1,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 100	+ 5,1	2 082	+ 3,2
Auslandsumsatz	Mill. DM	437	- 19,3	494	- 2,9
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 223	- 20,2	1 416	+ 2,3
aus dem Inland	Mill. DM	900	- 16,8	1 066	+ 11,5
aus dem Ausland	Mill. DM	323	- 28,4	351	- 18,2
Energieverbrauch	1 000 t SKE	218	- 7,8	205	- 17,6
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	46	- 13,9	47	- 13,8
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. St.	3	- 20,2	3	- 27,0
Löhne und Gehälter	Mill. DM	75	- 16,8	64	- 22,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	172	- 25,0	180	- 17,9
Auftragseingang ³	Mill. DM	177	- 14,8	140	- 24,7
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	540	- 56,8	657	- 35,2
Nichtwohnbau	1 000m ³ umbauter Raum	390	- 18,8	413	+ 3,8
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	99 518	+ 60,3	99 802	+ 60,7
		Januar 1982		Januar bis Dezember 1981	
Ausfuhr	Mill. DM	608	- 1,0	710	+ 38,5
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	589	- 4,0	640	+ 27,2
Kredite⁵					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 858	+ 2,8	8 798	+ 7,2
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	35 422	+ 8,3	34 011	+ 10,0

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) an inländische Unternehmen und Private 6) einschließlich durchlaufender Kredite

Anmerkung: Zum Einzelhandel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr können wegen Umstellung des Berichtskreises erst später wieder Ergebnisse gebracht werden

INHALT 4/82

	Seite
Aktuelle Auslese	81
Aufsätze	
Möglichkeiten und Grenzen der Umweltstatistiken	82
Ausländer in Schleswig-Holstein	94
Grafik des Monats	90
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) ..	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten fünf Hefte nach Monaten

Heft 10/1981

Ehescheidungen
Bienenhaltung
Nahrungsmittelausgaben
Studenten

Heft 11/12 – 1981

Bruttoinlandsprodukt 1970 und 1980
Bauhauptgewerbe 1950 bis 1981
Getreide- und Rapsrerträge

Heft 1/1982

Kommunalwahlen 1946 bis 1978
Auslandsumsätze im verarbeitenden
Gewerbe
Berufspendler

Heft 2/1982

Repräsentative Dezemberviehzählung
Ausländische Studenten
Wohnverhältnisse 1978

Heft 3/1982

Schleswig-Holstein im Jahre 1981



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

34. Jahrgang · Heft 4

April 1982

Aktuelle Auslese



Rückgang bei den versicherungspflichtig Beschäftigten

Am 30. Juni 1981 waren in Schleswig-Holstein rund 727 000 Arbeitnehmer versicherungspflichtig beschäftigt, das bedeutet gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres einen Rückgang um 0,9 %. Die seit 1976 zu beobachtende Aufwärtsentwicklung der Beschäftigtenzahl, die vor allem auf die Zuwanderung von Deutschen nach Schleswig-Holstein und ein starkes Anwachsen erwerbsfähiger Altersjahrgänge zurückzuführen war, ist damit Anfang 1981 umgeschlagen. Die jetzt vorliegenden Sommerergebnisse 1981 liegen erneut unter dem Vorjahresstand. Gleichwohl spiegelt diese Entwicklung bei weitem nicht die drastisch gestiegene Arbeitslosigkeit wider. Im Baugewerbe und im verarbeitenden Gewerbe (dort arbeiten immerhin über 40 % aller Versicherungspflichtigen) wurden 3,2 % und 2,7 % weniger Personen beschäftigt. Im Vergleich zum Vorquartal stieg die Zahl im Baubereich allerdings saisonbedingt wieder um 1,4 %, in der Landwirtschaft (- 1,7 % gegenüber dem Vorjahr) sogar um 4,6 % an. Insgesamt lagen die Verbesserungen gegenüber dem Vorquartal jedoch weit unter dem sonst üblichen saisonalen Anstieg. Bei den Ausländern zeigte der Vorjahresvergleich bereits am 31. März 1981 einen Rückgang um 8,3 %, zum Halbjahresschluß erhöhte sich dieser auf 10,3 %.



Über 100 000 Haushalte mit Wohngeld

Ende 1981 bezogen in Schleswig-Holstein 104 796 Haushalte Wohngeld, das sich für das ganze Jahr auf 152,5 Mill. DM belief. Rund 86 % aller Wohngeldempfänger erhielten einen Mietzuschuß, die übrigen einen Lastenzuschuß. Gegenüber 1980 nahm die Zahl der Wohngeldbezieher um 13 % und das gezahlte Wohngeld um 39 % zu. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch gehörte sich von 88 DM auf 115 DM. Dies ist auf die Anhebung des Wohngeldes am 1.1.1981 zurückzuführen. Die Verbesserungen der

5. Wohngeldnovelle wirkten sich besonders auf Haushalte mit 3 und mehr Personen aus, deren Anteil am Empfängerkreis von 22 % auf 29 % hochschnellte. Die nach der Haushaltsgröße stärkste Gruppe blieben die Alleinstehenden mit 56 %.

Mehr als drei Viertel aller Wohngeldzahlungen gingen an Rentner/Pensionäre (56 %) und an Arbeitnehmer mit geringem Einkommen (23 %). Auffällig ist die Zunahme Arbeitsloser, deren Zahl sich 1981 verdreifachte (auf 5 190 oder 5 %). Weitere 22 % waren Empfänger von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge.



Erheblich weniger Straßenverkehrsunfälle

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres ist die Zahl der Unfälle auf den Straßen Schleswig-Holsteins und die Zahl der dabei verunglückten Personen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1981 erheblich zurückgegangen. Während sich im Januar und Februar 1982 insgesamt 11 068 Unfälle ereigneten, waren es ein Jahr zuvor 12 836 Unfälle. Daraus ergibt sich ein Rückgang von 14 %. Diese Entwicklung dürfte hauptsächlich auf die vergleichsweise ungünstigen Witterungsverhältnisse zu Beginn dieses Jahres zurückzuführen sein, die das Verkehrsaufkommen insbesondere im Januar vermindert haben.

Besonders günstig verlief die Unfallentwicklung bei den Unfällen mit Personenschaden. Ihre Zahl nahm um 16 % ab. Im Januar 1982 ereigneten sich sogar 20 % weniger Unfälle mit Personenschaden als im Januar des Jahres 1981. Demgegenüber ist die Zahl der Unfälle mit reinem Sachschaden im Januar 1982 nur um 3 % zurückgegangen. Für die Monate Januar und Februar zusammen ergibt sich bei den Sachschadensunfällen ein Rückgang von 13 %. Da wegen der Witterungseinflüsse nicht nur weniger, sondern auch vorsichtiger gefahren wurde, ist auch die Zahl der Verunglückten stark zurückgegangen, für beide Monate zusammen um 17 %.

Möglichkeiten und Grenzen der Umweltstatistiken

Die Umweltstatistiken sind ein noch sehr junger Bestandteil der amtlichen Statistik. Als im vorigen Jahrzehnt ökologische Aspekte in der Betrachtung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung einen immer breiteren Raum einnahmen, wurde der Mangel an entsprechenden Daten sehr bald deutlich. Zwar gab es naturwissenschaftlich ermittelte Meßwerte zur Belastungssituation unserer Umwelt, aber erst mit dem Umweltstatistikgesetz von 1974 wurde die nötige Brücke zu den Wirtschaftsstatistiken geschlagen: Seit 1975 werden von den Betrieben des produzierenden Gewerbes Art, Menge und Beseitigung der Abfälle sowie, in tieferer Gliederung als vorher, Wasserversorgung, -verwendung und Abwasserbeseitigung erfragt. Damit wurden nicht nur die Aussagen über Volumen und Schädlichkeit der gewerblichen Abfälle und Abwasser verbessert, sondern es ist möglich, der Güterproduktion die Beeinträchtigung natürlicher Ressourcen unmittelbar gegenüberzustellen. Mit der erweiterten Erfassung der Investitionen des produzierenden Gewerbes für den Umweltschutz sollen aber auch die Anstrengungen der Betriebe sichtbar gemacht werden, negative externe Effekte für die Umwelt zu verhindern. Den Betrieben werden also seit 1975 ver-

mehrt auch Daten abgefordert, die nicht ihrem Rechnungswesen zu entnehmen sind und deshalb zum Teil geschätzt werden müssen.

Seit 1975 werden auch die Daten der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung kürzerfristig und mit aktualisiertem Merkmalskatalog erhoben. Ziel der wasserorientierten Umweltstatistiken ist es, die Vorfluterbelastung durch Einleitungen der Gewerbebetriebe und der kommunalen Abwassersysteme möglichst geschlossen und in regionaler Gliederung – u. a. nach Wassereinzugsgebieten – darzustellen. Daten über Wasserentnahmen und Abwassereinleitungen in derselben Region können bilanzähnlich verknüpft werden.

Auf dem Gebiete der Abfallbeseitigung gibt es ebenfalls Verzahnungen der betrieblichen Daten mit denen, die die Betreiber der öffentlichen Abfallbeseitigungsanlagen und die Abfalltransporteure liefern, so daß neben der Entsorgungssituation der Kreise und Gemeinden auch Anfuhrgebiete und Auslastung der Anla-

Die Umweltstatistiken im Überblick

Bereich	Bezeichnung („Statistik der ...“)		Periodizität (alle ... Jahre)	Bisher erhoben für die Jahre
Abfall	... öffentlichen Abfallbeseitigung		2	1975
	... Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern			1977
	... Abfallbeseitigung und		2	1980 ^a
Wasser/ Abwasser	Abwasserbeseitigung in der Viehhaltung			1975
	... Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	... im verarbeitenden Gewerbe (und Bergbau)		1977
... bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung		1979		
	... öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserbeseitigung		4	1981
	... Unfälle bei der Lagerung oder beim Transport wassergefährdender Stoffe			1
Investitionen	... Investitionen für den Umweltschutz im produzierenden Gewerbe			1975 ff.

a) 1979 durch Rechtsverordnung um ein Jahr auf die geraden Jahreszahlen versetzt.

gen sichtbar werden. Das Umweltstatistikgesetz ordnet daneben Erhebungen über Unfälle beim Transport oder bei der Lagerung wassergefährdender Stoffe und über die Abfall- und Abwasserbeseitigung in der Viehhaltung an.

Die Übersicht zeigt, daß diese Statistiken nur einen begrenzten Beitrag zur Bereitstellung umweltrelevanter Daten leisten können. Für einige Teilbereiche des Umweltschutzes wie zum Beispiel die Luftreinhaltung oder die Lärmbekämpfung werden außer den dafür getätigten Investitionen keinerlei Daten gewonnen. Die Umweltstatistiken sind ausnahmslos Primärstatistiken und müssen sich daher auf Erhebungsinhalte beschränken, zu denen die Auskunftsstellen — zumeist gewerbliche und öffentliche Betriebe — auch Daten liefern können. Naturwissenschaftlich ermittelte Meßwerte sind von den Betrieben meist nur zu erhalten, wenn sie wie beim Vollzug des Abwasserabgabengesetzes Grundlage umweltrechtlicher Verwaltungsakte sind.

Es wäre denkbar, das Spektrum allgemein zugänglicher, regional und sachlich einheitlich gegliederter Umweltdaten zu erweitern, indem man auch andere, von Umweltfachbehörden und -institutionen bereits gewonnene Daten von der amtlichen Statistik bundesweit als Sekundärstatistik aufbereiten läßt. Dieser Weg wurde bisher nicht beschritten, er wäre auch nur in begrenztem Umfang begehbar. Denn wie komplex ein Datenspektrum sein muß, um auch nur annähernd „die“ Umwelt zu kennzeichnen, und wie sachlich und räumlich heterogen die heute verfügbaren und dafür infrage kommenden Daten sind, zeigte besonders deutlich die 1978 von den für Umweltfragen zuständigen Ministern der vier norddeutschen Bundesländer in Auftrag gegebene Voruntersuchung einer ökologischen Gesamtdarstellung der Unterelbe-/Küstenregion. Eine Regionaldatenbank mit flächendeckenden, räumlich hinreichend kleinen Darstellungseinheiten und mit dem Anspruch, zumindest für die meisten Umweltprobleme Entscheidungs- und Planungsinstrument zu sein, ist nur mit erheblichem Aufwand möglich. Für den Unterelberaum sind die genannten Voruntersuchungen noch nicht abgeschlossen.

Erste Erfahrungen mit den Umweltstatistiken haben gezeigt, daß es einer langen Anlaufphase bedurfte, um für diese den statistischen Erhebungen nur schwer zugängliche Materie die erforderlichen Angaben zu ermitteln. Eine Neufassung des Gesetzes über Umweltstatistiken 1980 brachte durch Verzicht auf einige für das Ergebnis unbedeutende Randbereiche der Betriebserhebungen und durch gleichmäßigere Verteilung der Statistiken auf die Erhebungsjahre einige Verbes-

serungen. Im folgenden wird — soweit das im Rahmen einer Tour d'horizon möglich ist — auf Inhalt, Methode und bisherige Ergebnisse der einzelnen Erhebungen eingegangen.

Abfall

Die Statistik der **öffentlichen Abfallbeseitigung** liefert Angaben über das Einsammeln und Befördern der Abfälle, über deren Art und Menge, über die Abfallbeseitigungsanlagen und über die Zahl der durch öffentliche Abfallbeseitigung entsorgten Einwohner. Dazu werden zum einen die Transporteure von Haus- und Sperrmüll, zum anderen die Betreiber der öffentlichen Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen befragt.

In Schleswig-Holstein sind die Kreise und kreisfreien Städte die Träger der Abfallbeseitigung, die nach dem geltenden Abfallrecht zur Beseitigung verpflichtet sind, sich dabei aber „Dritter“ bedienen können und von dieser Möglichkeit durch Übertragung der Aufgaben auf Ämter, amtsfreie Gemeinden, Zweckverbände und auch private Transporteure zum Teil Gebrauch machen.

Schwierigkeiten bereitet es nach wie vor, das Adjektiv „öffentlich“ auszulegen, das im Umweltstatistikgesetz nicht definiert ist. Zur öffentlichen Abfallbeseitigung gehört mit Sicherheit das Einsammeln, Transportieren und Behandeln/Beseitigen von Hausmüll und Sperrmüll. Die Tätigkeiten der privaten Containerdienste rechnen nicht dazu. Fraglich sind vor allem die Bauschutt- und Bodenaushubdeponien: Eindeutig ist, daß ehemalige Kiesgruben, die zur Rekultivierung im Sinne des Landschaftspflegegesetzes wieder aufgefüllt werden, keine öffentlichen Abfallbeseitigungsanlagen sind. Einzubeziehen sind dagegen die vom Träger der Abfallbeseitigung vorgehaltenen Möglichkeiten für jedermann, Bodenaushub und Bauschutt abzulagern, wenn es sich um Anlagen im Sinne des 1972 in Kraft getretenen Abfallbeseitigungsgesetzes handelt. Unbefriedigend ist daran, daß abgelagerter Bauschutt in der Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung nur als eine vom nicht bekannten Umfang der im Erhebungsjahr gerade erforderlichen Rekultivierungsmaßnahmen abhängige Teilmenge erscheint, die auch als Restgröße noch ganz erheblich das an die öffentlichen Anlagen angelieferte Abfallvolumen bestimmt: 1977 betrug der Anteil von Bodenaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch 41 % des Gewichts und 17 % des Volumens aller angelieferten Abfälle.

Für die auskunftspflichtigen Betreiber der Anlagen und die Abfalltransporteure ist die Gewichts- und Volumen-

bestimmung der Abfälle das Hauptproblem. Als Volumen wird von den Anlagebetreibern das Schüttvolumen erfragt, die Transporteure nennen das Volumen vor Verdichtung in den Sammelfahrzeugen, ersatzweise das Volumen der aufgestellten Behälter, multipliziert mit der Abholhäufigkeit. Abfallmengen mit sowohl Volumen- als auch Gewichtsangaben dienen zur Ermittlung spezifischer Gewichte der Abfallarten und damit zur Ergänzung fehlender t- oder m³-Angaben.

Öffentliche Abfallbeseitigungs- und -behandlungsanlagen

Art der Anlage	1975	1977
Deponie	413	166
Verbrennungsanlage	6	3
Kompostierungsanlage	2	3
Umladestationen	5	8
Sonstige	10	12
Insgesamt	431	192

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung gelten für die Jahre 1975 und 1977. Sie zeigen sehr deutlich, wie sich gerade in der Mitte des vorigen Jahrzehnts die Situation im Lande verbessert hat und der 1974 von der Landesregierung herausgegebene „Generalplan Abfallbeseitigung“ schon weitgehend vollzogen wurde: 1975 wurden Abfälle teilweise noch auf privaten Müllkippen abgelagert, 6 % der Einwohner waren an die öffentliche Haus- und 8 % an die Sperrmüllentsorgung nicht angeschlossen oder hatten Privatverträge mit Abfalltransporteuren. Bereits 1977 dagegen wurde die Bevölkerung total entsorgt, der Anschluß an die Müllabfuhr ist für alle Einwohner vorgeschrieben. Die Zentralisierung der Abfallbeseitigung auf wenige, aber leistungsfähige und besonders unter Umweltschutzgesichtspunkten günstig gelegene Anlagen hat dazu geführt, daß 1977 nicht einmal halb so viele Anlagen benutzt wurden wie zwei Jahre zuvor. Von den 192 verbliebenen sind 130 Bauschutt- oder Bodenaushubdeponien. Die Transporteure müssen allerdings weitere Wege fahren, die Zahl der Umladestationen hat sich entsprechend erhöht. Das von der Haus- und Sperrmüllabfuhr und von anderen Direktanlieferern an die Anlagen gebrachte Abfallaufkommen war 1977 mit 3,0 Mill.t um 32 % höher als 1975. Etwa ein Drittel davon entfällt auf Haus- und Sperrmüll, im Durchschnitt 400 kg je Einwohner und Jahr.

Sieht man einmal von der Frage ab, ob Autowracks und Altreifen in die Erhebungen über öffentliche Abfall-

beseitigung einzubeziehen sind oder nicht, dann wirft die Definition des Abfalls in dieser Statistik bei weitem nicht so viele Probleme auf wie in der Erhebung über die **Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern**.

Zur Frage, wie die an den Altstoffhandel gehenden und die innerhalb oder außerhalb des Betriebes wieder verwendeten Recycling-Stoffe anzusehen seien, gibt es mehrere mögliche Antworten¹. Im Interesse der Einheitlichkeit der Ergebnisse hat man sich für 1975 dafür entschieden, jene Stoffe als Abfall zu bezeichnen, die der Betrieb selbst als Abfall ansieht, deren er sich im Sinne des § 1 Abs. 1 Abfallbeseitigungsgesetz entledigen will und für deren Beseitigung ihm Kosten entstehen. Im Erhebungsbogen wurde folgende Erläuterung gegeben: „Unter Abfällen sind alle in einem Betrieb anfallenden nicht verkaufsfähigen, nicht wieder in den Produktionsprozeß des Betriebes einsetzbaren (Kreislaufstoffe) und auch nicht anderweitig im Betriebverwendbaren Stoffe zu verstehen. Es kann sich sowohl um feste als auch um flüssige (nicht in den Vorfluter leitbare) und pastöse Stoffe (Schlämme aller Art) sowie gefaßte Gase handeln.“

Für die Erhebung 1977 ff. wurde der Abfallbegriff erweitert, um zu verhindern, daß das zu erfassende Abfallvolumen von der jeweiligen Marktsituation für Rohstoffe und damit davon abhängt, ob unerwünschte, aber wiederverwendbare Stoffe vom Altstoffhandel angenommen werden oder nicht. Unter Abfällen werden nunmehr alle in einem Betrieb anfallenden Rückstände oder sonstigen unerwünschten Stoffe verstanden.

Die Abfalldaten der Wirtschaft wurden 1975 und 1977 bei rund 3 000 Betrieben erfragt, die zu etwa drei Vierteln dem produzierenden Gewerbe angehören. Die Einbeziehung bestimmter Einzelhandels- und Verkehrsbetriebe und der Schlachthöfe und Tierkörperbeseitigungsanstalten in die Abfallerhebung wurde ab 1980 im Zuge der Statistikprogrammrevision aufgegeben, weil die Statistik über die Abfälle dieser Betriebe keinen hohen Erkenntniswert hatten. Diese Statistik beschränkt sich also ab 1980 auf das produzierende Gewerbe und die Krankenhäuser, die nach wie vor ebenfalls ihre Abfälle melden müssen.

Der in der Wirtschaft entstehende Abfall ist bezüglich seines stofflichen Charakters, seines Aggregatzustandes, seiner Gefährlichkeit und der notwendigen Be-

1) Vgl. H. Baltes und W. Nowak, Umweltstatistik — ein Instrument der Umweltplanung in Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1974

handlungs- und Beseitigungsform enorm vielfältig und stellt seine Klassifizierung vor erhebliche Probleme. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Verbänden und Instituten wurden für die Betriebe Fragebogen erarbeitet, die individuell je nach wirtschaftlicher Tätigkeit und zu erwartendem Abfallaufkommen zwischen 5 und 25 spezifische Abfallarten vorgaben. Unter diesen etwa 400 Abfallarten gibt es Ähnlichkeiten und Überschneidungen, sie werden zu 97 Abfallgruppen und zu 18 Hauptgruppen zusammengefaßt.

Bei der Vorgabe der Maßeinheiten für die Abfälle war zu bedenken, daß die Betriebe durch wechselnde Dimensionen leichter zu Fehlern in ihren Angaben verleitet werden könnten, die dann schwer erkennbar sein würden. Nur in Ausnahmefällen werden deshalb kg- statt t-Angaben zugelassen. Die Problematik aber, für die Abfälle eine geeignete Dimension einheitlich vorzugeben, wird bei den vorliegenden Ergebnissen deutlich: Die am Gewicht oder Volumen gemessenen Anteile der Abfallgruppen stehen erwartungsgemäß meist in diametralem Gegensatz zu ihrer Bedeutung für die Umweltbelastung. Die erfaßten Werte können zur Planung abfalltechnischer Kapazitäten beitragen, aber für ökologische oder umwelttoxikologische Aussagen wäre erst eine Gewichtung mit der abfallspezifischen Schädlichkeit nötig. Die Schädlichkeit läßt sich aber nicht wie im Abwasserbereich in standardisierten Meßgrößen ausdrücken.

Gut drei Viertel der 1977 erfaßten Betriebe gehörten zum produzierenden Gewerbe und erzeugten 98 % des Abfallaufkommens (6,6 Mill. t). Die beiden Hauptbereiche verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe weisen allerdings völlig unterschiedliche Abfallintensitäten auf. Zum Bauhauptgewerbe zählten 22 % aller erfaßten Betriebe, deren in t gemessene Abfälle 67 % des gesamten erfaßten Aufkommens ausmachten. Jeder zehnte dieser Betriebe verfügte über eigene Anlagen, in denen 10 % der Abfälle des Bauhauptgewerbes beseitigt wurden. Das sind immerhin 7 % aller erfaßten Abfälle. Diese Relationen beruhen nahezu ausschließlich auf den angegebenen Werten der nur von der Menge her problematischen Abfallarten Bodenaushub, Bauschutt u. ä. und verdeutlichen die bereits erwähnte Schwierigkeit, Abfälle einheitlich zu dimensionieren und damit aggregierbar und vergleichbar zu machen. Gerade aber die Abfälle des Hoch-, Tief- und Straßenbaus sind als Inertmaterial zur Abdeckung von Abfällen in Deponien und zur Rekultivierung oftmals sogar erwünscht. Ihre Erfassung ist daher nach wie vor geboten.

In den rund 1 400 meldepflichtigen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes entstanden 1977 rund 1,7 Mill. t

Abfall, etwa die Hälfte davon in den 300 Betrieben des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes und hier überwiegend in der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden. Das Ernährungsgewerbe mit ebenfalls etwa 300 Betrieben hatte ein Abfallaufkommen von 0,4 Mill. t. Das Investitionsgüter und das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe kamen mit zusammen 800 Betrieben auf reichlich 0,4 Mill. t.

Abfallmengen nach Abfallhauptgruppen 1977

Abfallhauptgruppe	Betriebe	Abfälle ¹ in t
Bauschutt und Bodenaushub	862	5 010 567
Ofenausbruch, Hütten- und Gießereischutt	22	26 469
Formsand, Kernsand, Stäube, andere feste mineralische Abfälle	261	104 855
Asche, Schlacke, Ruß aus der Verbrennung	195	297 360
Metallurgische Schlacken und Krätzen	27	65 715
Metallabfälle	846	85 387
Oxide, Hydroxide, Salze, radioaktive Abfälle, sonst. feste produktionsspezifische Abfälle	25	374
Säuren, Laugen, Schlämme, Laborabfälle, Chemikalienreste, Detergentien, sonstige flüssige produktionsspezifische Abfälle	143	27 154
Lösungsmittel, Farben, Lacke, Klebstoffe	176	5 267
Mineralölabfälle, Ölschlämme, Phenole	851	29 716
Kunststoff-, Gummi- und Textilabfälle	678	39 896
Schlämme aus Wasseraufbereitung	84	18 437
Sonstige Schlämme (einschließlich Abwasserreinigung)	147	226 455
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (Küchen- und Kantinenabfälle, Abfälle aus Beleg- schaftsunterkünften, Kehrriech, Gartenabfälle)	2 911	332 147
Papier- und Pappeabfälle	167	33 031
Sonstige organische Abfälle	887	306 267
Krankenhauspezifische Abfälle	111	2 002
Abfälle, anderweitig nicht genannt	36	26 639
Insgesamt	2 998	6 637 738

1) ohne Rückstände aus Abfallbehandlungsanlagen; einschl. der von anderen Betrieben übernommenen Abfälle

Für die Planung öffentlicher Abfallbeseitigungskapazitäten ist es von entscheidender Bedeutung zu wissen, in welchem Umfang und auf welche Weise die gewerbliche Wirtschaft für die Beseitigung ihrer Abfälle selbst Sorge trägt. Je nach Abfall- und Beseitigungsart kann von den behördlichen Abfallplanern die Eigeninitiative oder die Übernahme in die öffentliche Entsorgung gewünscht oder gar vorgeschrieben sein. Die betrieblichen Abfallbeseitigungsanlagen und deren Anteil an der Entsorgung sind deshalb ebenfalls Gegenstand der Abfallstatistik.

Der Begriff „Abfallbeseitigungsanlage“ ist gebräuchlich geworden, obwohl mit ihm ein gewisses Wunsch-

denken verbunden ist: In einer Deponie werden, wie es dieser Name auch ausdrückt, die Abfälle nur endgültig gelagert und nicht beseitigt. Die damit verbundene Änderung der Geländegestalt kann allerdings durchaus erwünscht oder sogar Teil einer vorgeschriebenen Rekultivierungsmaßnahme sein (zum Beispiel Wiederauffüllung von Kiesgruben oder Steinbrüchen). Auch die Müllverbrennungsanlage beseitigt die Abfälle nicht vollständig, sondern die Schlacke muß als „Sekundärabfall“ einer Deponie zugeführt werden. Die normalen Feuerungsanlagen, die von den Betrieben für brennbare Abfälle benutzt werden, sind wegen der möglichen und kaum überwachbaren Immission problematisch. Andere abfalltechnische Anlagen sind entweder Sammelstellen oder Behandlungsanlagen, die der Einfachheit halber unter den Begriff der Beseitigungsanlage subsumiert werden.

Von den für 1977 erfaßten Betrieben verfügten 216 oder 7 % über betriebseigene oder gepachtete Anlagen zur Abfallbeseitigung. Diese Betriebe hatten am gesamten Abfallaufkommen einen Anteil von 24 %, den sie zu drei Vierteln ihren eigenen Anlagen zuführten. Etwa 18 % der gesamten Abfälle wurden also von den Betrieben beseitigt, ohne daß dafür die öffentliche oder gewerbliche Entsorgung in Anspruch genommen wurde.

Statistisch nur schwer zu erfassen wie auch darzustellen ist die Nutzung betrieblicher Anlagen wegen der erforderlichen Trennung in Primär- und Sekundärabfälle, wobei Primärabfälle die unmittelbar aus der Produktion und Sekundärabfälle die als Output der Behandlungsanlagen (Verbrennung, Kompostierung, Neutralisation, Entgiftung, Emulsionstrennung) entstehenden Abfälle sind. Weil diese Daten besonders interessant sind, hat man für das Erhebungsjahr 1980 präzisere und weitergehende Fragestellungen vorgesehen.

Da bekanntlich auch die Tierhaltung und die tierischen Exkremente umweltschädigend wirken können, werden auch die **Abfälle in der Viehhaltung** statistisch erfaßt. Auskunftspflichtig sind Betriebe, deren Bestände an Legehennen, Mastgeflügel oder Schweinen bestimmte Mindestgrößen überschreiten und deren Halteanlagen genehmigungspflichtig sind. Für 1979 wurden 54 Geflügelhaltungsbetriebe mit zusammen 2,5 Mill. Tieren und 130 Betriebe mit Schweinehaltung (150 000 Tiere) und zwei Betriebe mit sowohl Geflügel- als auch Schweinehaltung in meldepflichtigem Umfang erfaßt.

Über diese genehmigungspflichtigen Haltungen werden jeweils weniger als 1 % der Hühner- bzw. Schwei-

nehalter erfaßt. Nach dem Bestandsumfang entfallen mehr als die Hälfte des Geflügels, aber weniger als 10 % der Schweine auf diese Betriebsgruppe, in der insgesamt in den meldepflichtigen Anlagen 43 000 t Festmist, 17 000 m³ Jauche und 333 000 m³ Flüssigmist (Gülle) anfielen. Für eine Ausbringung im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb standen insgesamt 16 000 ha LF zur Verfügung. Da die Massenviehhaltung strenge gewerberechtliche Auflagen erfüllen muß und unter Gesichtspunkten des Umweltschutzes daher relativ unproblematisch ist, andererseits aber die kleineren Tierhaltungen ebenso wie die gesamte Rindviehhaltung nicht berücksichtigt sind, ist der Aussagewert dieser Ergebnisse nicht allzu hoch zu veranschlagen.

Dieselben Viehhaltungsbetriebe melden auch, ob in ihren Haltungen Abwasser anfällt und, wenn ja, ob und in welcher Anlage es geklärt wird. Auf diese Daten wird wegen ihrer geringen Bedeutung im folgenden Absatz nicht mehr näher eingegangen.

Wasser und Abwasser

Die Versorgung der Haushalte und Arbeitsstätten mit Wasser und die Ableitung und Reinigung des Abwassers sind Leistungen, die ähnlich wie die Strom- und Gasversorgung nicht von mehreren im Wettbewerb stehenden Anbietern erbracht werden können. Die dafür nötigen Investitionen können aus bautechnischen und Kostengründen für ein bestimmtes Gebiet nur einmal vorgenommen werden. Wegen des damit verbundenen Wettbewerbsgebietsschutzes wird die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung durchweg von kommunalen Eigen- und Regiebetrieben, von Unternehmen privater Rechtsform im Staatsbesitz oder von Zweckverbänden mit öffentlich-rechtlicher Satzung betrieben. Deren Versorgungs- und Kanalisationsnetze und deren Kläranlagen gehören zu den wichtigsten Errungenschaften einer Region, für die man mittlerweile das Wort Infrastruktureinrichtungen geprägt hat.

Dennoch ist der Begriff **öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung** ähnlich schwer abzugrenzen wie die öffentliche Abfallbeseitigung. In Ausnahmefällen wird — insbesondere bei dünner oder erst beginnender Besiedelung — von privaten Interessengemeinschaften der Anwohner oder von Genossenschaften die Initiative zur Schaffung von Versorgungs- oder Kanalnetzen ergriffen, für die der Begriff „zentrale Versorgung“ oder „zentrale Abwasserbeseitigung“ zutrifft, das Adjektiv „öffentlich“ auch nach allen dafür denkbaren Kriterien dagegen nicht. Da-

neben gibt es ohnehin eine nicht unbeträchtliche Zahl von Wasserverbrauchern in Haushalten, Landwirtschaft und Gewerbe wie auch im öffentlichen Bereich, die weder an ein öffentliches noch an ein sonstiges zentrales Netz angeschlossen sind, sondern ihre Wasser in eigenen Brunnen selbst gewinnen und/oder ihr Abwasser selbst direkt in den Vorfluter oder zum Beispiel über Hauskläranlagen direkt in den Untergrund einleiten. Die Zahl der an die öffentliche Wasserversorgung oder Abwasserbeseitigung nicht angeschlossenen Einwohner darf daher nicht in dem Sinne interpretiert werden, daß dieser Bevölkerungsteil kein fließend Wasser oder kein WC habe und seine Wohnqualität minder sei.

Die Statistik der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserbeseitigung ist seit 1975 Bestandteil der Umweltstatistiken. Sie wurde vorher für 1957, 1963 und 1969 als ebenfalls bundeseinheitliche Erhebung durchgeführt. Die Verkürzung der Periodizität auf vier Jahre, die Fragen nach den Analysen des gewonnenen Roh- und Reinwassers, die Erfassung der Jahresabwassermengen und deren Schädlichkeit waren die wesentlichen Veränderungen zu früheren Erhebungen. Ergebnisse liegen für 1975 vor, für das Erhebungsjahr 1979 werden sie wegen der sehr umfangreichen Abstimmarbeiten zwischen Wasseraufkommen, Abwasserableitung und Kläranlagendurchfluß und wegen der rückfrageintensiven Bearbeitung erst im Laufe dieses Jahres entstehen.

Gegen Ende des Jahres 1975 waren 739 von insgesamt 1 168 Städten und Gemeinden an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. In den letzten sechs Jahren stieg der Versorgungsgrad der schleswig-holsteinischen Bevölkerung von 81,3 % im Jahre 1969 um 7,5 % auf 87,4 % im Jahre 1975. Dennoch ist dieser Anteil wegen der vergleichsweise dünneren Besiedelung des Landes deutlich niedriger als der entsprechende Bundeswert (95,8 %). Auf dem schleswig-holsteinischen Mittelrücken und im Herzogtum Lauenburg sind die geologischen Voraussetzungen für die Einzelversorgung mit Brunnen recht gut, so daß dort auch die Einrichtung einer öffentlichen Wasserversorgung nicht so nötig ist wie anderswo.

Von 1969 bis 1975 erhöhte sich der Trinkwasserverbrauch von Haushalten, Gewerbebetrieben und anderen Letztverbrauchern, auf den versorgten Einwohner bezogen, von 53,5 m³ um 20,9 % auf 64,7 m³. Dies entspricht einer jährlichen Zunahme um gut 3 %. Zur Deckung des zunehmenden Wasserbedarfs steigerten die schleswig-holsteinischen Wasserversorgungsunternehmen die Eigengewinnung, die nahezu völlig aus

Die öffentliche Wasserversorgung in den Jahren 1969 und 1975

		1969	1975	Veränderung in %
Schleswig-Holsteinische Wasserversorgungsunternehmen				
Eigengewinnung	1 000 m ³	112 592	146 571	+ 30,2
Fremdbezug	1 000 m ³	11 200	14 786	+ 32,0
Wasseraufkommen	1 000 m ³	123 793	161 357	+ 30,3
Wasserversorgung in Schleswig-Holstein¹				
Wasserabgabe an Letztverbraucher	1 000 m ³	110 838	145 986	+ 31,7
Anteil der versorgten Einwohner an der Wohnbevölkerung (Stand 30. Juni)	%	81,3	87,4	+ 7,5
Wasserverbrauch je Einw.	m ³	53,5	64,7	+ 20,9

1) einschließlich der von Hamburg unmittelbar versorgten Einwohner und deren Verbrauchsmengen

Grundwasser stammt, von 113 Mill. m³ im Jahre 1969 um gut 30 % auf 147 Mill. m³ im Jahre 1975. Da die Wasserversorgungsunternehmen ihr Wasser sowohl von anderen Unternehmen beziehen wie auch an andere weitergeben können, ist eine Darstellung des gesamten „Wasseraufkommens“ der versorgenden Unternehmen des Landes nur möglich, wenn man Doppelzählungen in Kauf nimmt. Eine Aufteilung der Fremdbezüge und der Lieferungen an andere Unternehmen nach Empfänger und Lieferant wäre weder erhebbar noch vom Aufwand her zu rechtfertigen. Das unter diesem Vorbehalt ermittelte „Aufkommen“ der 239 schleswig-holsteinischen Wasserversorgungsunternehmen erhöhte sich von 1969 bis 1975 um 30 % auf 161 Mill. m³.

Die Wasserversorgungsdaten können außer nach dem Sitz des Versorgungsunternehmens oder nach den versorgten Gemeinden auch nach dem Standort der Wassergewinnungsanlage regionalisiert werden. Die letztere Gliederung ist sinnvoll, wenn über das Ausmaß der Wasserentnahmen aus bestimmten, wasserwirtschaftlich unterschiedlich bedeutsamen Gebieten Aussagen getroffen werden sollen. Dann steht nicht so sehr das Reinwasser, das heißt das in das Verteilungsnetz gelangende selbstgewonnene Wasser, sondern das Rohwasser (selbstgewonnenes Wasser vor der Aufbereitung) und seine Beschaffenheit im Vordergrund der Betrachtung. In Schleswig-Holstein wurden 1975 184 Mill. m³ Rohwasser gewonnen, die daraus aufbereitete Reinwassermenge von 182 Mill. m³ entfiel zu einem nennenswerten Teil (etwa 36 Mill. m³) auf Gewinnungsanlagen der Hamburger Wasserwerke, die allerdings auch für viele Gemeinden des Hamburger

Umlands Träger der öffentlichen Wasserversorgung sind und zum Teil auch dieses Wasser zur Weiterverteilung an schleswig-holsteinische Gemeinden liefern, so daß von diesem guten schleswig-holsteinischen Trinkwasser letztlich 18 % im Lande blieb.

Das Wasser kann für die unterschiedlichsten Zwecke verwendet werden. Im Zuge des Produktionsprozesses kann es Bestandteil von Erzeugnissen werden wie zum Beispiel im Ernährungsgewerbe. Es muß nicht über die Abwassersysteme in seinen natürlichen Kreislauf zurückgelangen; umgekehrt nimmt die Kanalisation auch Abwassermengen auf, die nicht durch Entnahme aus der Wasserversorgung und anschließende Nutzung entstanden sind (zum Beispiel Grund- und Bachwasser oder das selbstgewonnene Wasser von Haushalten und Betrieben). Da das Wasser aber insbesondere auch Transportmittel für die menschlichen Stoffwechselprodukte und für viele Abfälle ist, gibt es für das Abwassernetz auch den Begriff der Schwemmkanalisation. Das Problem, die eigenen Exkremete zu beseitigen, hat — wie nachstehendes Bibelzitat zeigt — die Menschheit seit eh und je beschäftigt. Es mit der Schwemmkanalisation zu lösen trägt das Paradoxon in sich, daß aus Gesichtspunkten des Umweltschutzes das vorsätzlich verschmutzte Wasser in den Kläranlagen anschließend wieder gereinigt werden muß².

„Und du sollst einen Ort außerhalb des Lagers haben, wohin du gehst zur Notdurft der Natur. Und du sollst ein Schächtlein am Gürtel tragen, und wenn du gesessen bist, sollst du ringsum graben und mit Erde bedecken, was von dir gegangen und wovon du erleichtert worden, und soll also dein Lager heilig sein und nichts Unflätiges darin gesehen werden, auf daß der Herr dich nicht verlasse“

(5. Buch Moses, Kap. 23).

Eine öffentliche Abwasserbeseitigung wurde Ende 1975 in 516 der 1 168 Städte und Gemeinden Schleswig-Holsteins durchgeführt. Unterentsorgt sind vor allem Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern. Der Anteil der an die öffentliche Kanalisation angeschlossenen Einwohner konnte in den letzten Jahrzehnten allerdings deutlich gesteigert werden: Er lag 1957 bei 48 %, 1975 betrug er 71 %. Wegen der dichteren Besiedelung liegt der vergleichbare Bundeswert für 1975 mit 86 % deutlich höher. Der Anschluß weiterer Wohngebiete an die Sammelkanalisation wird mit steigendem Entsorgungsgrad aufwendiger, weil die verbleibenden Gebiete die am dünnsten besiedelten sind.

2) Vgl. R. Braun, Gedanken zur Entsorgung, in „Der Städtetag“, Heft 1/1979

Der höhere Entsorgungsgrad der Einwohner konnte also nur durch eine überproportionale Erweiterung des Kanalnetzes erreicht werden. Während sich von 1957 bis 1975 der Anteil der an die Kanalisation angeschlossenen Einwohner um etwa die Hälfte erhöhte, vervierfachte sich im gleichen Zeitraum die dazu nötige Kanalnetzlänge. Der Anteil der Mischkanalisation, in der Regen- und Abwasser gemeinsam gesammelt und abgeleitet werden, ging zugunsten der Trennkanalisation deutlich zurück.

Weil die Abwässer möglichst ohne aufwendige Druckleitungen, sondern statt dessen unter Ausnutzung des natürlichen Gefälles in die Vorfluter gelangen sollen, sind die einzelnen Kanalnetze nicht unbedingt mit wachsender Größe auch vorteilhafter. Die öffentliche Abwasserbeseitigung wird daher im Gegensatz zur Wasserversorgung auch von den kleinen und mittleren Gemeinden oft selbst betrieben. Von den 516 Gemeinden Schleswig-Holsteins, in denen es 1975 eine öffentliche Sammelkanalisation gab, führten 451 die Abwasserableitung in eigener Regie durch.

Die Zahl der Kläranlagen hat sich von 1963 bis 1969 um etwa die Hälfte erhöht, von 1969 bis 1975 sogar verdoppelt. Nahezu das gesamte in öffentliche Sammelkanalisationen geleitete Abwasser wird heute in Kläranlagen gereinigt. Mit der zunehmenden Zahl der Anlagen geht auch die Verbesserung der Klärtechnik einher. Im Gegensatz zur fast bedeutungslos gewordenen nur mechanisch arbeitenden Kläranlage, deren Anteil im Jahre 1963, nach entsorgten Einwohnern gerechnet, noch 35 % betrug, haben sich die Kläranlagen mit vollbiologischer Behandlungsart durchgesetzt. Von der 131 Mill. m³ umfassenden Abwassermenge, die den Kläranlagen in Schleswig-Holstein im Jahre 1975 zugeführt wurde, unterlagen etwa 93 % dieser hochwertigen Behandlungsart.

Die Regionalisierung der Abwasserdaten ist unter verschiedenen Gesichtspunkten möglich. Wenn man die Daten danach gliedert, wo das gesammelte Abwasser in die Kanalisation eingeleitet wurde, muß man das Abwasseraufkommen eines Systems, ggf. auch die dazugehörigen Angaben zur Abwasserreinigung, auf die angeschlossenen Gemeinden und Gemeindeteile beziehen. Dagegen wäre eine Kreis- oder Gemeindedarstellung unter Gesichtspunkten der Umweltbelastung vor allem auch nach der Einleitstelle in den Vorfluter sinnvoll. Die Aussage, wieviel Abwasser mit welcher Schädlichkeit in einer bestimmten administrativen Gebietseinheit in die Gewässer eingeleitet wurde, ist allerdings oft nicht ausreichend. In Kiel zum Beispiel kann je nach Einleitstelle das Abwasser entweder in

Die öffentliche Abwasserbeseitigung seit 1957

	im Erhebungsjahr				Veränderung 1975 zu 1969 in %
	1957	1963	1969	1975	
Einwohner am 30. 6. (1957: 31. 12.) in 1 000					
– in Schleswig-Holstein insgesamt	2 263	2 364	2 547	2 584	+ 1
– entsorgt durch Sammelkanalisation	1 085	1 303	1 503	1 827	+ 22
– deren Abwasser geklärt wurde	681	887	1 190	1 747	+ 50
– nach Behandlungsart der Kläranlage					
nur mechanisch		309	224	44	– 80
teilbiologisch ¹		35	194	100	– 48
vollbiologisch		544	772	1 602	+ 108
Kanalnetzlänge in km	2 208	3 823	5 846	9 301	+ 59
Mischkanalisation	999	852	920	939	+ 2
Trennkanalisation – Schmutzwasserkanäle	687	1 679	2 771	4 476	+ 62
– Regenwasserkanäle	552	1 292	2 155	3 886	+ 80
Kläranlagen insgesamt		121	198	392	+ 98

1) mit oder ohne mechanische(r) Vorbehandlung

die Eider und damit in die Nordsee oder aber über andere Wege in die Ostsee gelangen. In den wasserorientierten Umweltstatistiken gibt es daher eine Form der Regionalgliederung, die es in der amtlichen Statistik sonst nicht gibt: Die Daten werden außer in der gebräuchlichen Kreis- und Gemeindegliederung auch nach Wassereinzugsgebieten aufbereitet, das heißt danach, wie nach den topographischen Gegebenheiten das Wasser oberirdisch abläuft. Auf diese Weise ist es möglich, die Abwasserleitungen nach den letztlich belasteten Vorflutern zu gliedern. Je nach Gliederungstiefe ist es unter Umständen möglich, auch Nebenflüsse oder bestimmte Küstenabschnitte darzustellen.

Die Abgrenzung der Wassereinzugsgebiete ist in den letzten Jahren bundeseinheitlich weiter vorangetrieben worden. In Schleswig-Holstein führte diese Arbeiten das Landesamt für Wasserhaushalt und Küsten durch. Von dort wurde zwar umfangreiches Kartenmaterial bereitgestellt, für die kleinräumlich hinreichend genaue Zuordnung mußten im Statistischen Landesamt allerdings die auf der Wasserscheide liegenden Gemeinden entweder nach ihrem Schwerpunkt der Besiedlung einem der fraglichen Wassereinzugsgebiete zugeordnet oder aber aufgeteilt werden. In Einzelfällen kann das Kanalnetz die Wasserscheide überschreiten, so daß die Abwässer nicht in denjenigen Vorfluter geleitet werden, in dessen Einzugsgebiet sie in das Kanalnetz hineingelangten. Zur richtigen Zuordnung der Abwässer sind also Kenntnisse über die Einleitstellen der Kläranlagen nötig.

Die Ermittlung der Abwassermengen bereitet den auskunftspflichtigen Betreibern der öffentlichen Ab-

wasserbeseitigung zum Teil erhebliche Schwierigkeiten. Nur bei den größeren Systemen gibt es an den Kläranlagen entsprechende Meßvorrichtungen. Auch die Schädlichkeit vor und nach der Klärung kann nicht für alle Anlagen beurteilt werden. Für 1975 und 1979 wurden Analysewerte für die absetzbaren Stoffe nach zwei Stunden in Milliliter je Liter, für den chemischen Sauerstoffbedarf (CSB) und für den biochemischen Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB₅) der durch Sedimentation von den absetzbaren Stoffen befreiten Proben in Milligramm je Liter gefordert. Die absetzbaren Stoffe und der CSB gehören zu den Parametern des 1978 in Kraft getretenen Abwasserabgabengesetzes, nach denen der zulässige Verschmutzungsgrad des Abwassers definiert und ggf. die Abwasserabgabe ab 1981 festgesetzt wird.

Die bisher noch in der Erhebung geforderte Aufteilung des Abwasseraufkommens in häusliche und gewerbliche Mengen hat nur unbefriedigenden Erfolg gehabt, weil dazu die Berichtspflichtigen meistens kaum in der Lage waren und dann sehr vage schätzen mußten. Bessere Anhaltspunkte liefert dazu – wenn auch nur ein Teil der Gewerbebetriebe meldepflichtig ist – die Statistik der **Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im verarbeitenden Gewerbe**. Zu dieser Statistik melden die Betriebe dieses Wirtschaftsbereiches mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten ihr Wasseraufkommen, die Verwendung und die Abwasserbehandlung und -ableitung.

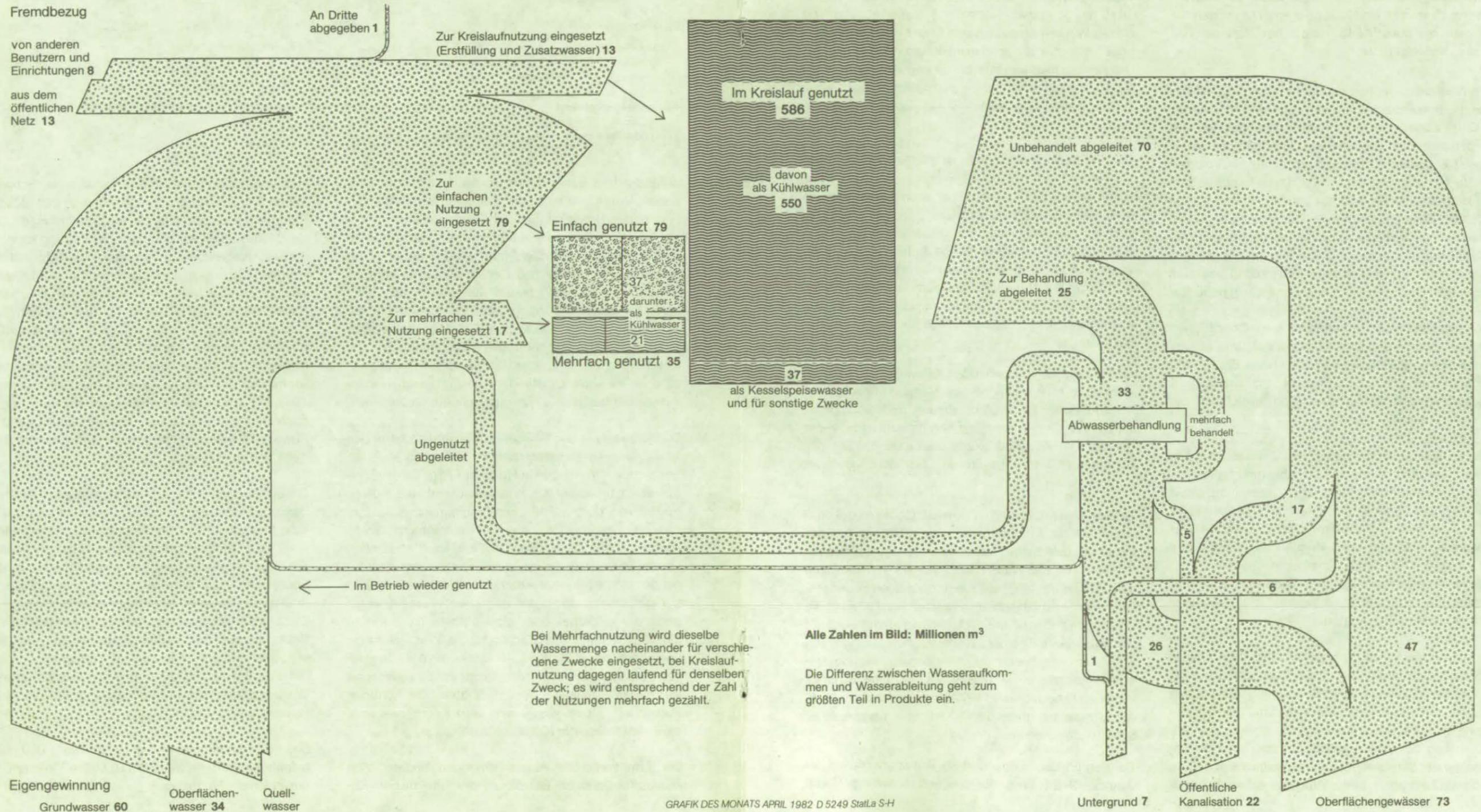
Das Wasseraufkommen der 1979 etwa 1 600 meldepflichtigen Betriebe war mit 118 Mill. m³ immerhin nur um etwa ein Fünftel geringer als die 1975 über das

Wasser und Abwasser im verarbeitenden Gewerbe 1979

AUFKOMMEN

NUTZUNG

ABLEITUNG



öffentliche Netz an alle Letztverbraucher gelieferte Wassermenge. Allerdings gewannen die Betriebe etwa 82 % ihres Wasseraufkommens selbst. Von diesen 97 Mill. m³ stammen nicht ganz zwei Drittel aus dem Grundwasser und der Rest aus Oberflächengewässern. Aus dem öffentlichen Netz bezogen die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes lediglich 13 Mill. m³, das wären 9 % des Trinkwasser-Letztverbrauchs von 1975. Durch Mehrfach- oder Kreislaufnutzung im Betrieb, insbesondere zur Kühlung von Produktions- oder Stromerzeugungsanlagen, konnte mit den 118 Mill. m³ Wasseraufkommen ein Nutzeffekt erreicht werden, für den man bei ausschließlich einfacher Nutzung 700 Mill. m³ benötigt hätte.

Vom Wasseraufkommen der Betriebe gingen 14 Mill. m³ oder 12 % in Produkte ein und gut 9 Mill. m³ wurden an Dritte abgegeben oder ungenutzt abgeleitet. Das von den Betrieben genutzte und behandelt oder unbehandelt abgeleitete Abwasser erreichte ein Volumen von 95 Mill. m³. Gut ein Viertel davon wurde in den 225 betriebseigenen Anlagen behandelt. Man spricht in diesem Zusammenhang von Behandlung und nicht von Klärung, weil die produktionsspezifischen Abwässer oft nicht der Klärung, sondern der chemischen oder chemisch-physikalischen Behandlung wie zum Beispiel der Neutralisierung oder der Fällung bedürfen.

Die von den Betrieben unbehandelt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund eingeleitete Abwassermenge von 53 Mill. m³ ist relativ hoch. Sie besteht allerdings zu 61 % aus Kühlwasser, das, soweit nicht rückgekühlt, den Vorfluter lediglich hinsichtlich der Temperatur belasten kann.

Etwa ein Viertel der betrieblichen Abwässer, die den Betrieb verließen, wurde vor der Ableitung behandelt. Die behandelten Abwässer flossen überwiegend direkt in den Vorfluter oder in den Untergrund, der geringere Teil (12 %) ging in die öffentliche Kanalisation. Das Behandlungsvolumen der betrieblichen Anlagen umfaßt weitere 11 Mill. m³, die einer nachgeschalteten anderen Reinigungsanlage des Betriebes zugeführt wurden oder aber als Brauchwasser in den Produktionsprozeß zurückgelangten.

Wie auch in der Erhebung über die öffentliche Abwasserbeseitigung bereitet den Betrieben die Frage nach Menge, Art, Festigkeit und Beseitigung des in den Anlagen entstandenen Klärschlammes erhebliche Schwierigkeiten. Die Volumina sind schwer zu schätzen, ebenso der Wassergehalt. Oft aber sind die Betriebe mit der Schlammbehandlung selbst nicht befähigt, sondern übertragen diese Aufgabe einem gewerb-

lichen Spezialbetrieb. Das Rohschlammaufkommen von nicht ganz 300 000 m³ reduzierte sich durch Entwässerung auf zwei Drittel, es wurde überwiegend (80 %) im eigenen Betrieb beseitigt.

Die **Wärme kraftwerke** für die öffentliche Versorgung benötigen zur Kühlung ihrer Stromerzeugungsanlagen enorme Wassermengen. Auch ihre Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ist daher Erhebungsinhalt einer gesonderten Umweltstatistik. Meldepflichtig waren nach Maßgabe des Sitzes der Produktionsstätte 1979 in Schleswig-Holstein 16 Betriebe. Vier von diesen Werken erzeugten den Strom mit Gasturbinen oder Gasmotor, die übrigen mit Wasserdampfturbinen. Die Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel waren für 1979 meldepflichtig. Sie verbrauchten auch Wasser, erzeugten aber keinen Strom für das öffentliche Netz.

Das Wasseraufkommen dieser Kraftwerke war 1979 mit 1,4 Mrd. m³ zwar um 29 % geringer als zwei Jahre zuvor, es war damit aber immer noch fast achtmal so groß wie die Rohwasserförderung in Schleswig-Holstein für die öffentliche Trinkwasserversorgung 1975. Bis auf eine geringfügige Menge an fremdbezogenem Wasser und selbstgewonnenem Grundwasser (zusammen 3,7 Mill. m³) deckten die Wärme kraftwerke ihren Hauptbedarf mit selbstgewonnenem Oberflächenwasser, das nahezu ausschließlich als Kühlwasser genutzt wurde.

Neben dem einfach genutzten Kühlwasser (Durchlaufwasser) wurden relativ geringe Mengen in Kreisläufen als Kühlwasser für Stromerzeugung, als Kesselspeisewasser zur Dampferzeugung und für sonstige Zwecke genutzt. Das Abwasser wurde bis auf geringe Mengen unbehandelt und ungekühlt in Oberflächengewässer abgeleitet.

Zu den wasserorientierten Umweltstatistiken gehören außerdem die Erhebungen über die **Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe**. Über die Wasserbehörden werden alle nach dem Landeswassergesetz meldepflichtigen Schadensfälle erfaßt und jährlich ausgewertet. Bis 1979 lag die Untergrenze für die Meldepflicht und damit auch für die Statistik bei einer ausgelaufenen Menge von 300 Litern, sie wurde durch Änderung des Landeswassergesetzes im Mai 1979 auf 100 Liter gesenkt. In das Jahresergebnis für 1979 gingen noch ausschließlich Unfälle mit mehr als 300 Litern ausgelaufener Schadstoffmenge ein.

Bei den 25 Lagerungs- und 35 Transportunfällen des Jahres 1979 waren überwiegend schweres Heizöl,

leichtes Heizöl und Dieselkraftstoffe sowie sonstige Mineralölprodukte ausgelaufen. Die Transportunfälle betrafen hauptsächlich die Schifffahrtswege, Häfen und Küstengewässer. Menschliches Versagen als Unfallursache und eine hohe Dunkelziffer von nicht feststellbaren Ursachen kennzeichnen die Transportunfälle. Bei 16 der 25 Lagerungsunfälle wurde der Boden verunreinigt, so daß die Schadstoffe zum Teil in das Grundwasser und die Wasserläufe gelangten. Technische Ursachen beim Füllen und menschliches Versagen waren hier die Hauptunfallquellen.

Bei strenger Auslegung des Wortes „Unfall“ wären in diesen Statistiken die vorsätzlichen Ableitungen von Schadstoffen, wie sie auf hoher See und auch im Bereich der Küstengewässer leider vorkommen, nicht zu erfassen. Wird lediglich der Schaden festgestellt, ohne daß der Verursacher greifbar ist, können die Meldebehörden viele der geforderten Daten nicht liefern. In den Ergebnistabellen ist daher häufig der Nachweis der Fälle „ohne Angabe“ zum jeweiligen Merkmal erforderlich.

Investitionen für den Umweltschutz

Damit sichtbar gemacht wird, in welchem Umfang die im Zuge des Produktionsprozesses entstehenden Gefahren für die Umwelt von den Produzenten selbst gemindert oder beseitigt werden, gehört zu den Umweltstatistiken auch die Erhebung über die Umweltschutzinvestitionen im produzierenden Gewerbe. Meldepflichtig dazu sind die etwa 1 200 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus sowie die 600 des Bauhauptgewerbes mit mindestens 20 Beschäftigten. Im Ausbaugewerbe gilt wegen der kleingewerblichen Struktur eine Erfassungsgrenze von 10 Beschäftigten (gut 700 Unternehmen), aus dem Bereich Energie- und Wasserversorgung melden – nach unterschiedlichen Kriterien – etwa 100 Unternehmen. Die Daten werden zusammen mit den allgemeinen Daten zum Jahresergebnis und zur Investitionstätigkeit erfragt. In den Bereichen Energie- und Wasserversorgung und verarbeitendes Gewerbe ist die wirtschaftliche Aktivität in Form von Niederlassungen, Filialen u. ä. häufig regional stark gestreut, dort werden daher auch Betriebsdaten erhoben.

Zur Beurteilung der Belastung der Unternehmen mit Umweltschutzmaßnahmen müßten außer den investiven auch die laufenden betrieblichen Aufwendungen herangezogen werden. Eine breit angelegte Erhebung dieser Kosten würde daran scheitern, daß diese Angaben den Kostenrechnungen der meldepflichtigen

Unternehmen und Betriebe nicht zu entnehmen sind. In den Erhebungsjahren 1975 bis 1978 sind zumindest die Gebühren und Beiträge für den Umweltschutz wie zum Beispiel Müllabfuhrgebühren oder Kanalbenutzungsgebühren erhoben worden. Aber selbst diese Angaben wurden von den Betrieben häufig erst nach gezielter Rückfrage angegeben. Im Zuge der Statistikprogrammrevision von 1980 wurde die Frage nach den Gebühren und Beiträgen dann im Umweltstatistikgesetz gestrichen.

Auch bei Beschränkung der Erfassung auf die Investitionen für den Umweltschutz bleibt eine Fülle von Problemen. Eindeutig ist, daß der Kauf und die Installation von Aggregaten, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen wie zum Beispiel Abwasser- oder Abfallbehandlungsanlagen, Umweltschutzinvestitionen darstellen. Wenn aber die Zugänge an Sachanlagen nur teilweise dem Umweltschutz dienen, dann ist dieser Anteil meist schwer zu quantifizieren. Oft wird überhaupt nicht erkannt, daß in einer Maschine oder Anlage auch Teile enthalten sind, die die Umwelt schützen sollen. Streng genommen gehört auch der Auspuff eines Kraftfahrzeuges, sicherlich aber die Filteranlage eines Schornsteins dazu. Am Beispiel eines Atommeilers wird es vielleicht besonders deutlich, wie schwer es im Einzelfall sein kann, den produktionstechnischen vom umweltschützenden Teil der Investition zu trennen.

Die etwa 1 700 in Schleswig-Holstein ansässigen Betriebe mit im allgemeinen mindestens 20 Beschäftigten, die in der Energie- und Wasserversorgung, im verarbeitenden Gewerbe oder im Bergbau tätig waren, investierten 1979 insgesamt 2,1 Mrd. DM und davon 41 Mill. DM oder 2,0 % für den Umweltschutz. Auf den Bereich Gewässerschutz entfielen 41 % und auf die Luftreinhaltung 45 % der Umweltschutzinvestitionen. Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung lagen mit ihren Anteilen bei 9 % und 5 %.

Die Investitionsobjekte waren vorwiegend (47 %) Maschinen und maschinelle Anlagen und zu 12 % bebauten Grundstücke. Der dem Umweltschutz dienende Teil von Sachanlagen macht nach den vorliegenden Ergebnissen 40 % aus, hierbei dürfte es aus den genannten Gründen eine gewisse Untererfassung geben. Diejenigen Sachanlagen, die angeschafft wurden, damit nach gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften oder Auflagen (zum Beispiel Benzin-Blei-Gesetz) das Produkt so verändert wird, daß es bei Verwendung oder Gebrauch die Umwelt geringer belastet, dienen nur mittelbar dem Umweltschutz. Diese „produktbezogenen“ Investitionen werden recht selten getätigt. Ihr

Volumen war 1979 relativ gering, es darf hier aus Gründen der statistischen Geheimhaltung nicht näher quantifiziert werden.

Die Umweltschutzinvestitionen der Betriebe wurden in den letzten Jahren wesentlich durch die chemische Industrie bestimmt. Deren 64 Betriebe hatten an der Summe aller Betriebe der genannten Wirtschaftsbereiche 1979 einen Anteil von nicht ganz einem Drittel, 1978 waren es sogar 68 %. Die starken Schwankungen dieses Anteils sind auf den Ausbau der Großchemie in Brunsbüttel zurückzuführen, der nunmehr allerdings weitgehend abgewickelt ist. In der Energie- und Wasserwirtschaft wurden 1979 34 % der Umweltschutzinvestitionen getätigt, 1978 waren es nur 1 %.

Aus den unterschiedlichen Anteilen wird deutlich, daß die Jahresergebnisse der Investitionen von einzelnen Großprojekten stark abhängig sind. Daß die Betriebe 1979 um ein Viertel weniger für den Umweltschutz investierten als im Jahr vorher, darf daher nicht ohne weiteres als nachlassendes Engagement der Betriebe

für eigene Umweltschutzmaßnahmen gewertet werden.

Der Vergleich der Betriebs- mit den Unternehmensdaten macht deutlich, daß über einen großen Teil der in Schleswig-Holstein getätigten Umweltschutzinvestitionen in anderen Bundesländern entschieden wird: Die in Schleswig-Holstein ansässigen Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung und des verarbeitenden Gewerbes investierten 1979 insgesamt nur 16 Mill. DM. Das sind — selbst unter Einschluß der Investitionen dieser Unternehmen in anderen Bundesländern — nur 38 % der in Schleswig-Holstein durchgeführten Investitionen.

Von den etwa 1 300 meldepflichtigen Unternehmen des Baugewerbes investierten nur 28 für den Umweltschutz. Sie gaben dafür insgesamt eine Mill. DM aus, das sind lediglich 0,5 % aller Investitionen des Baugewerbes.

Bernd Struck

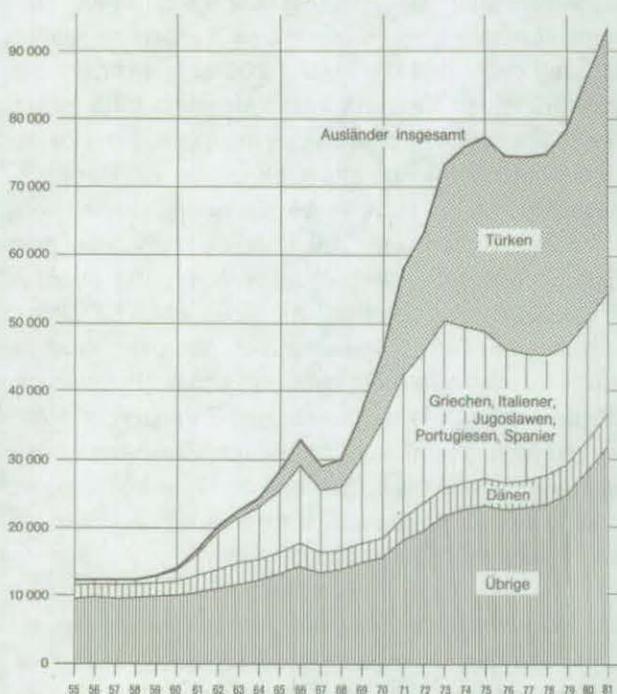
Siehe auch Statistische Berichte, Reihe Q

Ausländer in Schleswig-Holstein

Nach einer Auszählung des Ausländerzentralregisters zum 30. September 1981 wohnen 93 300 Ausländer in Schleswig-Holstein. Da das Register aus Aktualitätsgründen unmittelbar nach dem 30. September ausgewertet wird, können noch nicht alle Änderungen berücksichtigt sein. Folglich gibt die Auszählung nur die ungefähre Zahl der am 30. September in Schleswig-Holstein wohnenden Ausländer wieder.

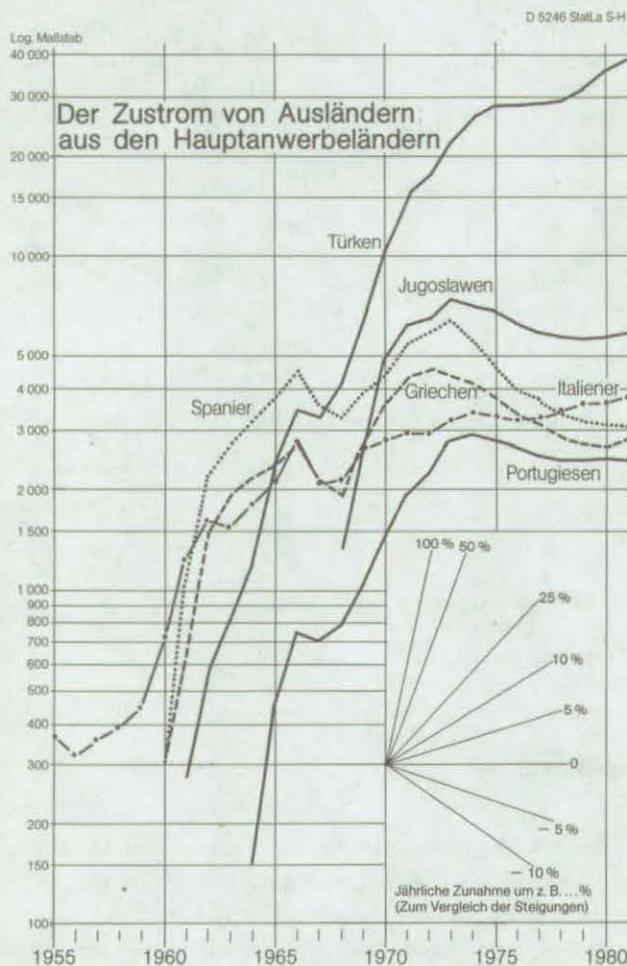
Mit 93 300 Personen ist die kurz nach Kriegsende ermittelte Ausländerzahl noch nicht erreicht. In jenen Tagen lebten fast 100 000 Displaced Persons unter uns. Die meisten warteten in einem Lager auf die Rückreise in ihre Heimat oder auf die Ausreise nach Amerika oder in ein anderes Land ihrer Wahl. Anfang Oktober 1952 war die ausländische Lagerbevölkerung auf 3 300 gesunken und zusammen mit den außerhalb der Lager wohnenden Personen verblieben gerade noch 15 200 Ausländer. 1957 war die Ausländerzahl gar auf 12 300 gefallen. Erst danach nahm sie wieder zu, und bis Mitte 1966 schnellte sie auf 33 000. Die Rezession 1966/67 trieb die Zahl wieder unter die 30 000-Marke, doch ab 1969 vollzog sich, mit dem wirtschaftlichen Aufschwung einhergehend, wieder ein äußerst rasches Anwachsen der Ausländerzahlen.

Stat. S-H
D 51 10a
Ausländer in Schleswig-Holstein 1955 bis 1981



Besonders hohe Zuwachsraten erzielten die ausländischen Bevölkerungsteile aus den Ländern, in denen die Bundesanstalt für Arbeit Arbeitskräfte anwarb. Die

ersten Vereinbarungen reichen bis zum Jahr 1955 zurück, als Italien zum Anwerbeland wurde. 1960 folgten Vereinbarungen mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien und 1968 mit Jugoslawien. Das zweite Bild zeigt noch deutlicher als das erste Bild, wie sich die Zahl der Ausländer aus den Anwerbeländern unmittelbar nach diesen Vereinbarungs-terminen erhöhte. Die Zuwachsrate der Ausländer aus den Hauptanwerbeländern betrug in den ersten Jahren nach Inkrafttreten der Vereinbarungen zum Teil mehr als 100 %.



Als um 1973 neue wirtschaftliche Schwierigkeiten einsetzten, wurden die Auslandsdienststellen der Bundesanstalt für Arbeit angewiesen, die Anwerbetätigkeit einzustellen. Lediglich das EG-Land Italien war ausgenommen. Die Auswirkungen des Anwerbestopps sind deutlich: Während die Italiener ihre Zahl Jahr für Jahr in gleichem, wenn auch geringem Maße erhöhten, ging die der Griechen, Jugoslawen, Portugiesen und Spanier zurück, und der Zuwachs der Türken verlangsamte sich. In den beiden letzten Jahren nahm die Zahl der Türken jedoch wieder um 4 700 und 2 600 Personen zu. Statt Gastarbeiter kommen in den letzten Jahren häufig Familienangehörige.

Die Ausländer in Schleswig-Holstein am 30. 9. 1981

Staatsangehörigkeit	Anzahl	%
Europa	79 409	85,1
Belgien	201	0,2
Dänemark	4 827	5,2
Frankreich	1 053	1,1
Griechenland	2 820	3,0
Großbritannien und Nordirland	3 364	3,6
Irland	250	0,3
Italien	3 857	4,1
Luxemburg	51	0,1
Niederlande	1 718	1,8
EG-Staaten zusammen	18 141	19,5
Jugoslawien	5 803	6,2
Portugal	2 437	2,6
Spanien	3 035	3,3
Türkei	38 667	41,5
Österreich	2 894	3,1
Ostblockstaaten	4 255	4,6
Übriges Europa	4 177	4,5
Afrika	3 614	3,9
Ägypten	134	0,1
Äthiopien	92	0,1
Algerien	125	0,1
Ghana	1 474	1,6
Marokko	128	0,1
Nigeria	147	0,2
Südafrika	123	0,1
Tunesien	1 084	1,2
Übriges Afrika	307	0,3
Amerika	3 365	3,6
Argentinien	134	0,1
Brasilien	157	0,2
Chile	182	0,2
Kanada	308	0,3
Kolumbien	151	0,2
Peru	201	0,2
Venezuela	107	0,1
U.S.A.	1 815	1,9
Übriges Amerika	310	0,3
Asien	5 225	5,6
Indien	664	0,7
Indonesien	303	0,3
Iran	989	1,1
Japan	261	0,3
Jordanien	112	0,1
Korea, Republik	203	0,2
Libanon	111	0,1
Pakistan	730	0,8
Philippinen	321	0,3
Sri Lanka	111	0,1
Syrien	154	0,2
Thailand	192	0,2
Vietnam	376	0,4
Übriges Asien	698	0,7
Australien und Ozeanien	299	0,3
Staatenlos	1 115	1,2
Insgesamt¹	93 265	100

1) einschließlich ungeklärt und ohne Angabe

In den letzten Jahren kommen, wie sich dem unteren Teil von Bild 1 entnehmen läßt, auch andere Staatsangehörigkeiten häufiger vor. Seit 1979 haben die „Übrigen“ um 6 900 Personen zugenommen, wovon beinahe die Hälfte aus Asien und Afrika stammt. Die Zahl derjenigen, deren Heimat das von Stammesfehden überzogene Ghana ist, stieg innerhalb der letzten beiden Jahre von 615 auf 1 474, die der Inder und Pakistaner von 377 auf 664 beziehungsweise von 446 auf 730. Von den Filipinos lebten vor zwei Jahren 152, 1981 bereits 321 hier, von den Vietnamesen 1979 erst 138, 1981 schon 376. Die Gründe sind in den politischen Unruhen und den damit verbundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Heimatländer zu suchen. Der Zustrom hat sich aber im letzten Jahr abgeschwächt. Der größere Schub an Afrikanern und Asiaten lag im Zeitraum zwischen den Auszählungen des Ausländerzentralregisters von 1979 und 1980.

Aus zwei weiteren Ländern sind in den letzten beiden Jahren viele Personen zugeströmt, aus Polen und dem Vereinigten Königreich. Bei den Polen kamen rund 1 400 Männer und Frauen dazu, bei den Briten rund 700. Für die Polen waren wohl die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ausschlaggebend, was auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß von Oktober 1980 bis Ende September 1981 ihre Zahl von 2 100 auf 3 300 stieg. Für die Briten, die seit 1973 Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sind, dürfte die Zugehörigkeit zu dieser Organisation entscheidend gewesen sein.

Nach wie vor ist Europa die Heimat der weitaus meisten bei uns lebenden Ausländer, 1981 von über vier Fünfteln. Davon wieder stammen fast ein Viertel aus der Europäischen Gemeinschaft, zum Beispiel 4 800 aus Dänemark, 3 900 aus Italien, 3 400 aus Großbritannien und Nordirland sowie 2 800 aus Griechenland. Von den übrigen europäischen Ländern ragen die Türkei mit 38 700 Personen und Jugoslawien mit 5 800 Personen heraus. 41,5 % aller 93 300 in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer sind Türken, 6,2 % Jugoslawen. Beide Staatsangehörigkeiten kommen auch im Bundesgebiet am häufigsten vor. Dort erreichen die 1,55 Millionen Türken jedoch nur einen Anteil von einem Drittel der Ausländer, während die 637 300 Jugoslawen es auf 13,8 % bringen, knapp vor den 624 500 Italienern. 12 200 Afrikaner, Amerikaner und Asiaten in Schleswig-Holstein bedeuten einen Anteil von 13,1 %, 475 200 im Bundesgebiet einen Anteil von 10,3 %. Zwei Jahre früher waren es bei uns erst 8 500 oder 10,8 % und im Bundesgebiet 365 600 oder 8,8 % gewesen.

Ausländer im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein am 30. 9. 1981

Staatsangehörigkeit	Bundesgebiet		Schleswig-Holstein	
	in 1 000	%	in 1 000	%
Europa	4 093,4	88,4	79,4	85,1
Italien	624,5	13,5	3,9	4,1
Griechenland	299,3	6,5	2,8	3,0
Niederlande	108,7	2,3	1,7	1,8
Großbritannien und Nordirland	88,9	1,9	3,4	3,6
Frankreich	72,3	1,6	1,1	1,1
Belgien	17,3	0,4	0,2	0,2
Dänemark	12,3	0,3	4,8	5,2
Irland	6,2	0,1	0,3	0,3
Luxemburg	4,5	0,1	0,1	0,1
EG-Staaten zusammen	1 234,1	26,7	18,1	19,5
Türkei	1 546,3	33,4	38,7	41,5
Jugoslawien	637,3	13,8	5,8	6,2
Spanien	177,0	3,8	3,0	3,3
Österreich	176,3	3,8	2,9	3,1
Ostblockstaaten	151,8	3,3	4,3	4,6
Portugal	109,4	2,4	2,4	2,6
Übrige europäische Staaten	61,3	1,3	4,2	4,5
Afrika	115,1	2,5	3,6	3,9
Amerika	118,1	2,5	3,4	3,6
Asien	242,0	5,2	5,2	5,6
Australien und Ozeanien	6,7	0,1	0,3	0,3
Staatenlos	33,9	0,7	1,1	1,2
Ungeklärt und ohne Angabe	20,5	0,4	0,2	0,3
Insgesamt	4 629,7	100	93,3	100

In Schleswig-Holstein leben 2 % aller 4,6 Millionen Ausländer des Bundesgebietes. Auf 1 000 Einwohner kommen bei uns 36 Ausländer, auf 1 000 Einwohner der Bundesrepublik Deutschland mehr als das Doppelte, nämlich 75. Nordrhein-Westfalen ist das Land mit den meisten Ausländern, mehr als 1,4 Millionen sind es, Berlin (West) das Land mit der höchsten Ausländerdichte: 120 von 1 000 Berlinern sind keine Deutschen. Berlin ist damit noch lange nicht die Großstadt mit dem höchsten Anteil an Ausländern. Von 1 000 Frankfurtern und Offenbachern besaßen nach der Auszählung des Zentralregisters zum 30. September 1981 mehr als 200 eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Fast die Hälfte der 93 300 Ausländer wohnten am 30. September 1981 in Kiel, Lübeck und im Kreis Pinneberg: in Kiel 15 200, in Lübeck 15 100 und im

Ausländer in den Bundesländern am 30. 9. 1981

Land	Ausländer		
	in 1 000	in %	je 1 000 Einwohner ¹
Schleswig-Holstein	93,3	2,0	36
Hamburg	151,6	3,3	92
Niedersachsen	299,1	6,5	41
Bremen	51,2	1,1	74
Nordrhein-Westfalen	1 435,2	31,0	84
Hessen	516,9	11,2	92
Rheinland-Pfalz	169,2	3,7	46
Baden-Württemberg	933,1	20,2	101
Bayern	708,6	15,3	65
Saarland	45,6	1,0	43
Berlin (West)	225,9	4,9	120
Bundesgebiet	4 629,7	100	75

1) Einwohner vom 30. 6. 1981

Kreis Pinneberg 13 500. Wenn man sie auf die Einwohner bezieht, waren die Ausländer nirgends so häufig wie in Lübeck. 69 von 1 000 Lübeckern besaßen nämlich nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, immerhin fast doppelt so viele wie im Durchschnitt aller kreisfreien Städte und Kreise. Die wenigsten Ausländer wohnen in den Kreisen Plön, wo 1 400, und in Dithmarschen, wo 1 700 Ausländer gezählt wurden, was 12 und 13 Nichtdeutschen je 1 000 Einwohnern entspricht.

Was die Ausländer angeht, lassen sich aufgrund der Karte drei Zonen unterscheiden: die vier kreisfreien

Städte mit 50 und mehr Ausländern je 1 000 Einwohner, die vier Kreise in der unmittelbaren Hamburger Nachbarschaft mit 30 und mehr Ausländern je 1 000 Einwohner und die übrigen, weiter nördlich gelegenen Kreise mit zumeist weniger als 20 Ausländern je 1 000 Einwohner.

Die meisten nach Schleswig-Holstein ziehenden Ausländer kommen nicht etwa aus dem übrigen Bundesgebiet, sondern direkt aus dem Ausland. Von 1970 bis 1980 erhöhte sich die Zahl der hier lebenden Ausländer durch Zuwanderungen um 38 900. Gegenüber dem Ausland betrug der Wanderungsgewinn 43 300 Personen, in die übrigen Gebiete zogen dagegen von hier 4 400 Ausländer mehr fort als von dort zuzogen. Der Rückgang des Gastarbeiterstromes und die Zunahme von Familienzusammenführungen lassen sich am deutlichsten an dem abnehmenden Anteil der Erwerbspersonen unter den Zuwanderern nachweisen. 1970 bis 1973 kamen jährlich 12 000 bis 13 000 Erwerbspersonen aus dem Ausland nach Schleswig-Holstein gereist, 1977 bis 1980 dagegen nur 3 000 bis 7 000. Der Anteil der Erwerbspersonen sank von 69 % im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1973 auf 42 % im Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1980. Für 1981 ist damit zu rechnen, daß aus dem In- und Ausland 4 500 zusätzliche Ausländer zuwandern, etwas mehr als die Hälfte derer, die 1980 kamen. Die ab 1978 zu beobachtende Zunahme der jährlichen Zuwanderungsüberschüsse setzt sich somit nicht fort.

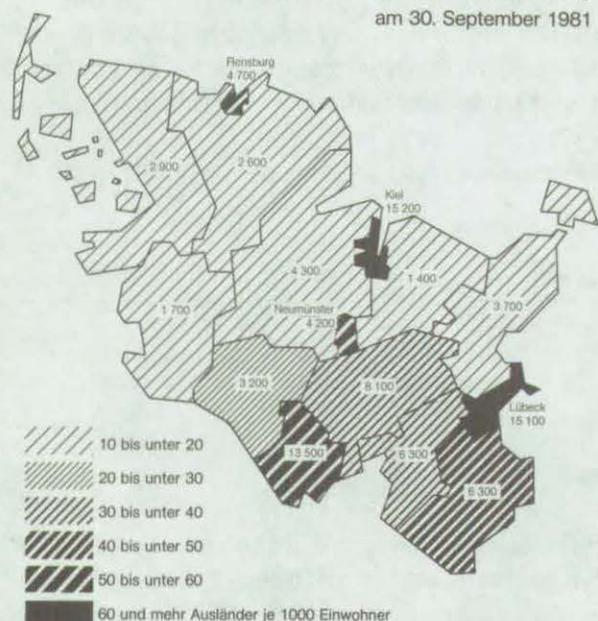
Zu- und Fortzüge von Ausländern 1970 – 1980

Jahr	insgesamt	Wanderungssaldo	
		gegenüber dem Ausland	gegenüber den übrigen Gebieten
1970	7 395	9 691	- 2 296
1971	8 947	9 944	- 997
1972	6 979	5 954	1 025
1973	6 820	8 709	- 1 889
1974	781	1 057	- 276
1975	- 2 802	- 2 776	- 26
1976	- 1 640	- 1 481	- 159
1977	- 969	- 653	- 316
1978	1 256	1 383	- 127
1979	4 200	4 160	40
1980	7 925	7 353	572
Zusammen	38 892	43 341	- 4 449

Die Zahl der Ausländer ist nicht nur durch Zuwanderungen, sondern auch durch Geburtenüberschüsse gewachsen. In den 11 Jahren von 1970 bis 1980 hat

D 5247 StatLa S-H

Ausländer in regionaler Verteilung am 30. September 1981



sich die Ausländerbevölkerung allein dadurch um 14 300 Personen vergrößert. Dieser Geburtenüberschuß errechnet sich aus 16 300 Geburten und 2 000 Sterbefällen und ist zum einen auf den günstigen Altersaufbau zurückzuführen. Während von der gesamten Bevölkerung Schleswig-Holsteins rund 16 % 65 und mehr Jahre zählen, sind es von den Ausländern nicht einmal 3 %. Dazu kommt die höhere Fruchtbarkeit der Ausländerinnen. Zur Zeit werden auf 1 000 Einwohner der Gesamtbevölkerung 9 Kinder geboren und es sterben 12 von 1 000 Personen. Auf 1 000 Personen des ausländischen Bevölkerungsteils kommen dagegen 16 Geburten und nur 2 Sterbefälle.

Geburtenüberschüsse der Ausländer 1970 – 1980

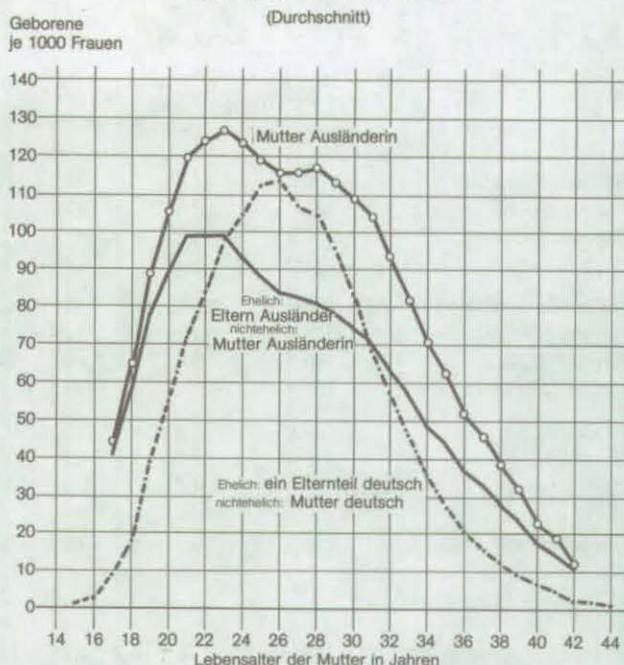
Jahr	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuß
1970	881	184	697
1971	1 233	163	1 070
1972	1 472	175	1 297
1973	1 735	185	1 550
1974	1 886	192	1 694
1975	1 902	166	1 736
1976	1 734	186	1 548
1977	1 437	161	1 276
1978	1 331	179	1 152
1979	1 313	197	1 116
1980	1 368	168	1 200
Zusammen	16 292	1 956	14 336

Die Fruchtbarkeit der Ausländer ist höher als die der Deutschen. Das gilt auch dann, wenn man nur die ehelichen Geburten von ausländischen Ehepaaren und die nichtehelichen Geburten ausländischer Mütter zusammenfaßt und den Geburten gegenüberstellt, die aus Ehen mit mindestens einem deutschen Elternteil entspringen einschließlich der nichtehelichen Geburten deutscher Mütter (diese Kinder erwerben nach § 4 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit). Für die Jahre 1978 bis 1980, die zusammengefaßt wurden, um für die Ausländer möglichst wenig zufallsbedingte Werte der Fruchtbarkeit zu bieten, ergibt sich dann eine „Bruttoreproduktionsrate“ von 0,80 für die Ausländerinnen und 0,68 für die Deutschen.

Diese Raten stellen die auf die Mädchengeburten berechneten aufsummierten Fruchtbarkeitsziffern der 15- bis 45jährigen Frauen der Jahre 1978 bis 1980 dar. 100 Ausländerinnen würden bei Konstanz dieser Werte nach Ablauf ihrer 30 Jahre umfassenden Fruchtbarkeitsperiode durch 80 Mädchen ersetzt werden, 100 Deutsche nur durch 68 Mädchen. Es versteht sich, daß der gedankliche Übergang von der Quer-

Fruchtbarkeit 1978 bis 1980

D 5246 StatLa S-H



schnittsberechnung eines dreijährigen Beobachtungszeitraumes auf eine Längsschnittbetrachtung die zeitliche Konstanz der gefundenen Werte voraussetzt, was ja in der Wirklichkeit selten der Fall ist.

Wie die folgende kleine Übersicht zeigt, wurden 1980 allein 473 aller 1 841 von einer Ausländerin geborenen Kinder aus einer Ehe mit einem Deutschen geboren, das ist ein Viertel. Die Fruchtbarkeit der Ausländerinnen wird daher viel zu niedrig eingestuft, wenn man – § 4 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes im Blick – nur jene Kinder auf die Ausländerinnen bezieht, die durch die Geburt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Im Bild 4 ist daher auch die Fruchtbarkeit der Ausländerinnen dargestellt, die sämtliche von ihnen in der Berichtszeit geborenen Kinder einbezieht. Die Bruttoreproduktionsrate liegt jetzt mit 1,06 knapp über der bestandserhaltenden Zahl.

Lebendgeborene 1980

	Mutter	
	Deutsche	Ausländerin
Ehelich		
Vater Deutscher	20 148	473
Vater Ausländer	355	1 301
Nichtehelich	2 201	67
Summe	22 704	1 841

Der Geburtenrückgang, der gegen Ende der sechziger Jahre einsetzte, ist nach 1975 auch bei den hier lebenden Ausländern festzustellen. 1975 wurden noch

1 902 ausländische Kinder geboren, 25 je 1 000 Ausländer. Fünf Jahre später, 1980, waren es nur noch 1 368, das sind, wie erwähnt, 16 je 1 000 Ausländer. Für 1981 sind nach den bis einschließlich November vorliegenden Monatsergebnissen rund 1 500 Ausländergeburten zu erwarten. Damit setzt sich die schon 1980 wieder ansteigende Tendenz verstärkt fort.

Die für einige Jahre rückläufigen Geborenenzahlen haben den Altersaufbau der Ausländer an der Basis schmaler werden lassen. Das Ausländerzentralregister hat aber die Geburten der letzten 12 Monate nicht vollständig erfassen können, da der Altersgruppe der noch nicht Einjährigen rund 1 500 und nicht 1 100 Kinder zuzurechnen sind. Allgemein gilt ja, daß die Registerauszählung zum 30. September nur wiedergibt, was zu diesem Zeitpunkt ins Register eingearbeitet worden ist. Vollständige Zahlen könnten frühestens einige Monate später vorliegen, nachdem sämtliche Änderungsmeldungen, also auch die Geburtsmeldungen, eingeflossen sind. Davon abgesehen läßt sich vom Altersbaum immer noch deutlich ablesen, daß die Ausländer vor allem deshalb nach Schleswig-Holstein gekommen sind, um hier zu arbeiten oder sich ausbilden zu lassen. 74 Prozent stehen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren, von der gesamten Bevölkerung Schleswig-Holsteins dagegen nur 65 %.

Die Türken haben eine besonders hohe Fruchtbarkeit,

weshalb auch 36 % von ihnen jünger als 15 Jahre sind. Der Anteil der im erwerbsfähigen Alter stehenden Türken beträgt nur 64 % und entspricht damit ungefähr dem der deutschen Bevölkerung. Fast keine Türken, nur 84 oder gerade 0,2 %, sind 65 Jahre alt und älter. Die hier lebenden Türken haben kaum einen anderen Altersaufbau als die in der Heimat verbliebenen. Ende Oktober 1979 wurden unter der 44 Millionen starken Bevölkerung der Türkei 38 % Kinder bis 14 Jahre, 57 % Erwachsene zwischen 15 und 65 Jahren und noch nicht einmal 5 % Ältere ermittelt. In Schleswig-Holstein sind die Türken im erwerbsfähigen Alter erwartungsgemäß mit einem etwas höheren Anteil vertreten. Dafür fehlen die Alten fast ganz¹.

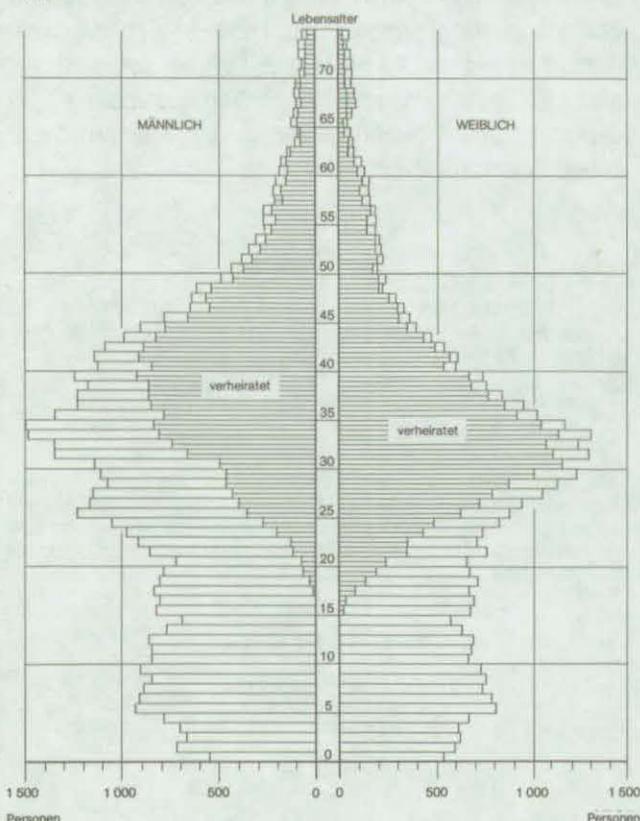
Das Mengenverhältnis Männer zu Frauen fällt in Zuwanderungsländern wie der Bundesrepublik rein rechnerisch zugunsten der Männer aus, während wegen der höheren Sterblichkeit der Männer normalerweise mit einer Überzahl an Frauen zu rechnen ist. Die höhere Bereitschaft der Männer, in ein fremdes Land zu gehen, wird dabei sehr stark von dem Kulturkreis bestimmt, aus dem die Ausländer kommen. Während 1 000 nichtdeutschen Europäerinnen 1 216 Männer gegenüberstehen, sind es unter den in Schleswig-Holstein lebenden Afrikanern 2 596 und unter den Asiaten 2 347.

Ein weiterer, ebenfalls zu erwartender Unterschied betrifft den Familienstand. Während von 1,3 Millionen männlichen Schleswig-Holsteinern 49 % verheiratet sind und von den 1,4 Millionen Frauen und Mädchen 47 %, lauten die entsprechenden Quoten bei den Ausländern 41 % und 53 %. Am mobilsten sind heutzutage noch die Männer, und von denen wiederum die ungebundenen. Eine unverheiratete Frau hat dagegen vielfach immer noch mit Vorbehalten der Familie zu rechnen, wenn sie allein ins Ausland ziehen will. Von den 21 700 verheirateten ausländischen Männern hatten 1 700 eine deutsche Frau, von den 21 900 verheirateten Ausländerinnen hatten 3 300 einen deutschen Ehemann. In den meisten Fällen stammt der ausländische Partner einer Mischehe aus einem europäischen Land. Mit einer Asiatin waren 260 deutsche Männer verheiratet, das sind viermal so viele wie mit einer Türkin. 320 deutsche Männer hatten eine Nord-, Mittel- oder Südamerikanerin zur Frau.

Je nachdem, welche Ausländergruppen in den einzelnen Kreisen stärker vertreten sind, variiert auch der Anteil der Altersgruppen. Der geringste Anteil der

1) Council of Europe: Recent Demographic Developments in the Member States of the Council of Europe; Straßburg 1980

Stat.Ls S-H 0 5236 Altersaufbau der Ausländer am 30. September 1981



Kinder unter 15 Jahren ist mit 11 % für Nordfriesland, der höchste mit 30 % für Neumünster festzustellen. Dabei zeigt sich eine starke Korrelation zwischen diesem Anteil und dem Anteil der dort lebenden Türken. 63 % aller Kinder unter 15 Jahren sind nämlich türkischer Abkunft. Für die beiden erwähnten Gebiete Nordfriesland und Neumünster beträgt der Anteil der Türken unter den Ausländern zum Beispiel 10 und 66 %. Wichtiger ist aber letztlich die Personenzahl. Erhebliche Konsequenzen erwarten die Kreise und kreisfreien Städte mit vielen ausländischen Kindern für Bereiche wie Kindergärten, Schulen und künftige Ausbildungsplätze. Lübeck mit 4 200, Kiel mit 4 000 und der Kreis Pinneberg mit 3 300 Ausländern unter 15 Jahren stehen dabei vor besonderen Aufgaben.

Das Anwachsen der ausländischen Bevölkerung ist mit einem Anstieg der Aufenthaltsdauer verbunden². 1973 hielten sich die in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer im Mittel (Zentralwert) 3,2 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland auf, 1981 bereits 8 Jahre³. In den letzten 8 Jahren ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer damit um 5 Jahre gestiegen. Zwei Drittel aller 93 300 Ausländer leben aber weniger als 10 Jahre in Deutschland.

Wie sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer verändert, hängt u. a. davon ab, wie viele Ausländer zu- und fortziehen. Die hohen Zuwanderungsüberschüsse der Afrikaner und Asiaten ließen die Anwesenheits-

dauer der Afrikaner innerhalb zweier Jahre von 5,1 auf 3,4 Jahre und die der Asiaten von 3,6 auf 3,2 Jahre sinken. Die Briten haben, um ein anderes Beispiel zu geben, die Griechen mittlerweile überrundet. Innerhalb von 2 Jahren wurden sie um 700 zahlreicher und halten sich im Durchschnitt nur noch 5,6 statt 6,0 Jahre hier auf.

32 600 der 93 300 Ausländer Schleswig-Holsteins leben bereits 10 und mehr Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Von ihnen stammen 8 300 aus der Europäischen Gemeinschaft, 9 400 aus der Türkei und 5 700 aus einem der früheren Anwerbeländer Jugoslawien, Portugal oder Spanien. Die Aufenthaltsdauer ist für die Einbürgerung eines Ausländers von Bedeutung. Ist ein Ausländer mit einem deutschen Ehepartner verheiratet, dann genügt — abgesehen von sonstigen Erfordernissen —, ein Inlandsaufenthalt von 5 Jahren; sonst wird ein Inlandsaufenthalt von mindestens 10 Jahren gefordert.

Ein Blick auf die Zahlen für die Bundesrepublik zeigt, daß 1980 37 600 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, 37 000 davon durch Einbürgerung. Die weitaus meisten Einbürgerungen waren sogenannte Anspruchseinbürgerungen. So wurden allein 21 100 Personen, die aufgrund von Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes Deutsche sind, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, auf ihren Antrag hin eingebürgert. Die sogenannten Ermessenseinbürgerungen von Ausländern nach § 8 und 9 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes beliefen sich dagegen nur auf zusammen 14 500 Fälle, das sind gerade 0,3 % aller 1980 im Bundesgebiet gezählten Ausländer. 4 000 dieser 14 500 Eingebürgerten sind mit einem deutschen Ehepartner verheiratet.

Gustav Thissen

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht A I 4, Vergleiche auch: „Ausländer in Schleswig-Holstein“ in dieser Zeitschrift, Heft 6/1980, S. 117

2) Die Aufenthaltsdauer zählt, auch wenn der Ausländer in der Zwischenzeit die Bundesrepublik verlassen hatte, immer vom Datum der ersten Einreise

3) Unterstellt man, daß die 6 560 Ausländer, die sich 20 und mehr Jahre in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, seit 20 bis 30 Jahren hier leben, läßt sich auch der durchschnittliche Aufenthalt als arithmetisches Mittel errechnen. 8 Jahre und 9 Monate ergeben sich dann als Verweildauer. Für die 4,6 Millionen Ausländer des Bundesgebietes liegt sie mit 9 Jahren und 6 Monaten ein Dreivierteljahr höher

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 — 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Bildung und Kultur	
Ausländische Studenten	2/37
Wahlen	
Kommunalwahlen 1946 bis 1978	1/2
Erwerbstätigkeit	
Berufspendler	1/27
Landwirtschaft	
Repräsentative Dezemberviehzählung	2/33
Produzierendes Gewerbe	
Auslandsumsätze im verarbeitenden Gewerbe	1/21
Bautätigkeit und Wohnungswesen	
Wohnverhältnisse 1978	2/45
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1981	3/50

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

34. Jahrgang . Heft 4 . April 1982

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980/81			1981/82				
		Monats- durchschnitt			Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 595	2 605	2 611	2 612	2 612	2 620	2 619	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 089	1 122	1 066	570	725	773	1 103	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,0	5,2	4,8	2,6	3,6	3,6	5,0	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	1 901	2 045	2 099	1 925	1 951	1 911	2 013	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	9,4	9,5	8,7	9,7	8,9	9,0	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 617	2 607	2 852	2 665	2 581	2 706	2 924	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,1	12,0	12,9	12,0	12,9	12,6	13,1	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	25	23	25	24	27	20	27	
*	je 1 000 Lebendgeborene	13,0	11,4	11,9	12,5	13,8	10,5	13,4	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 716	- 561	- 753	- 740	- 630	- 795	- 911	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 3,3	- 2,6	- 3,4	- 3,3	- 3,1	- 3,7	- 4,1	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 397	6 678	5 331	6 139	4 975	5 896	5 278	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 038	5 094	4 513	4 983	4 479	5 034	4 723	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 359	+ 1 584	+ 818	+ 1 156	+ 496	+ 862	+ 555	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 129	10 428	9 889	10 319	9 052	10 373	9 130	
Wanderungsfälle	Anzahl	21 564	22 200	19 733	21 441	18 506	21 303	19 131	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	147	150	134	143	138	147	127	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	39	39	53	62	62	77	86	100	100	
darunter *Männer	1 000	18	19	28	35	35	43	50	61	61	
Kurzarbeiter	1 000	2,6	1,8	5,3	6,5	9,8	10,7	13,9	19,7	21,8	
darunter Männer	1 000	1,9	1,1	3,6	5,1	7,9	8,6	11,7	16,6	18,1	
Offene Stellen	1 000	12,2	11,8	7,8	8,0	9,7	4,0	3,5	3,6	5,0	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 552 ^a	1 553 ^a	1 553	.	.	.	1 544	.	.	
darunter *Milchkühe	1 000	511 ^a	520 ^a	520	.	.	.	525	.	.	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	511 ^a	520 ^a	520	.	.	.	525	.	.	
*Schweine	1 000	1 854 ^a	1 807 ^a	1 807	.	.	.	1 758	.	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	201 ^a	199 ^a	199	.	.	.	188	.	.	
darunter *trächtig	1 000	134 ^a	134 ^a	134	.	.	.	127	.	.	
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	41	41	39	36	45	38	35	29	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	0	1	
*Schweine	1 000 St.	256 ^b	259 ^c	259	259	223	254	233	236	209	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	5 ^b	4 ^c	7	7	5	8	6	6	4	
*Schlachtsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,9	32,2	31,5	31,0	27,2	31,7	28,5	28,1	24,3	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	11,6	11,5	11,1	10,5	9,6	11,7	10,1	9,3	7,7	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0	0	
*Schweine	1 000 t	20,1	20,5	20,2	20,3	17,4	19,9	18,2	18,7	16,5	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	286	285	277	276	273	269	267	273	274	
Kälber	kg	103	101	106	104	99	100	99	93	93	
Schweine	kg	80	80	80	80	80	81	80	81	81	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	*für Legehennenküken	1 000	142	127	80	104	125	123	149	65	120
	für Masthähnerküken	1 000	1 082	1 099	1 095	1 202	974	1 088	1 196	1 140	964
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	970	927	1 000	949	818	872	936	860	857	
*Milcherzeugung											
1 000 t		199	205	190	202	194	168	189	201	194	
darunter *an Molckereien und Händler geliefert	%	96	97	96	97	96	96	96	97	97	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,7	13,0	11,9	12,5	13,3	10,8	11,7	12,4	13,2	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezentember b) Winterhalbjahr 1979/80 = 6 c) Winterhalbjahr 1980/81 = 6

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980/81			1981/82			
		Monats- durchschnitt			Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	180	183	182	181	180	180	177	175	175
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	128	130	128	127	127	126	124	121	122
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	18 853	19 117	17 659	18 415	18 003	18 737	17 199	17 098	17 173
*Löhne (brutto)	Mill. DM	281,3	308,4	326,3	289,6	265,8	391,2	324,3	276,1	264,9
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	163,0	180,5	205,9	173,3	170,2	255,6	212,2	178,2	177,3
Auftragsingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 244	1 395	1 623	1 237	1 532	1 452	2 024	1 610	1 223
aus dem Inland	Mill. DM	930	1 010	976	830	1 081	1 049	999	1 231	900
aus dem Ausland	Mill. DM	314	385	647	407	451	403	1 025	378	323
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 381	2 595	2 990	2 514	2 539	2 868	2 920	2 615	2 537
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 009	2 174	2 342	2 037	1 998	2 320	2 355	2 063	2 100
Auslandsumsatz	Mill. DM	372	421	648	477	541	547	565	551	437
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	30	45	45	25	35	28	.	.
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	30,8	29,3	27,3	36,0	35,1	37,7	34,6	36,5	39,0
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	2,4	1,1	1,0	1,3	0,6	0,3	0,3	0,2	0,3
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	28,5	28,2	26,2	34,7	34,4	37,4	34,3	36,4	38,7
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	105	105	112	106	103	88	66	76	93
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	14	15	17	15	12	15	18	14
*schweres Heizöl	1 000 t	86	91	97	89	88	76	51	57	79
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	215	225	231	221	221	225	218	202	214
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	41	34	32	39	46	36	30
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)	
Bauhauptgewerbe⁶⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	57 160	57 610	56 476	54 907	53 995	51 554	49 926	47 332	46 492
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 486	6 582	4 323	3 243	4 174	5 648	3 232	2 084	3 330
darunter für	1 000	3 024	2 971	2 000	1 639	1 909	2 461	1 399	986	1 562
*Wohnungsbauten	1 000	1 078	1 179	777	642	869	1 043	656	516	762
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	2 188	2 264	1 435	907	1 330	2 024	1 099	524	940
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 168	2 264	1 435	907	1 330	2 024	1 099	524	940
*Löhne (brutto)	Mill. DM	108,6	119,7	89,3	57,7	73,0	138,2	68,0	36,9	58,9
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	17,0	18,3	20,8	16,9	17,0	26,8	20,5	16,1	16,0
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	331,9	417,5	682,0	207,3	229,9	494,2	526,6	186,6	172,5
Auftragsingang ⁷⁾	Mill. DM	257,5	251,4	196,2	162,6	208,4	149,6	148,4	101,8	177,4
Ausbaugewerbe⁸⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 912	8 808	9 060	8 848	8 708	9 037	8 869	8 578	8 382
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 079	1 057	1 026	1 001	985	1 097	1 019	917	903
Löhne und Gehälter	Mill. DM	18,3	19,5	21,6	17,8	17,4	23,0	21,8	16,9	16,8
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	50,4	55,9	101,6	35,9	44,7	73,5	89,4	35,4	42,5
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	674	710	1 144	1 220	1 140	1 194	1 414	1 376	...
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	787	788	931	962	850	868	971	1 006	...
*Gaserzeugung (brutto) ³⁾	Mill. m ³	5	4	6	7	6	3	6	6	4
Handwerk										
Handwerk (Meßzahlen)⁹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)				4.Vj.80			4.Vj.81			
am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 ± 100	108,4	109,1	109,3	.	.	.	104,9	.	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj. - D 1976 ± 100	121,9	135,0	163,2	.	.	.	153,8	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle ± 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 GJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ ± 35,169 MJ/m³) ± 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht ± 1,46 t SKE, schwer ± 1,40 t SKE

5) 1 000 kWh Strom ± 0,123 t SKE 6) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) Zur Methode siehe Statistischer Bericht E III 1 9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980/81			1981/82			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 056	903	708	528	647	391	488	335	333
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	910	743	563	435	480	276	394	226	237
*2 Wohnungen	Anzahl	101	113	89	67	116	68	54	60	67
*Rauminhalt	1 000 m ³	915	825	730	446	651	448	455	364	302
*Wohnfläche	1 000 m ²	155	141	129	75	111	78	77	64	52
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	176	138	94	110	108	112	75	90
*Rauminhalt	1 000 m ³	678	669	550	316	480	397	414	436	390
*Nutzfläche	1 000 m ²	117	114	89	56	74	67	81	74	69
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 607	1 580	1 717	843	1 300	985	956	856	590
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	MILL. DM	467,2	511,4	536,9	614,0	758,7	876,2	641,5	608,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	MILL. DM	79,4	97,7	101,3	126,7	147,1	112,2	115,4	116,0	...
*gewerblichen Wirtschaft	MILL. DM	387,9	413,7	435,6	487,4	611,5	764,0	526,2	492,1	...
davon *Rohstoffe	MILL. DM	10,8	10,4	11,8	11,8	12,0	17,3	12,8	12,3	...
*Halbwaren	MILL. DM	42,6	61,6	62,4	67,6	68,0	46,3	62,8	57,6	...
*Fertigwaren	MILL. DM	334,4	341,7	361,4	408,0	531,5	700,5	450,6	422,2	...
davon *Vorerzeugnisse	MILL. DM	33,8	39,3	40,6	49,2	47,4	43,8	55,2	59,3	...
*Enderzeugnisse	MILL. DM	300,6	302,3	320,8	358,8	484,1	656,7	395,4	362,9	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	MILL. DM	210,8	236,4	235,5	228,7	282,0	253,9	240,0	249,0	...
darunter Frankreich	MILL. DM	39,5	52,4	59,1	50,6	51,5	50,6	49,1	56,0	...
Niederlande	MILL. DM	42,7	45,9	51,6	41,2	43,9	44,0	42,5	38,6	...
Dänemark	MILL. DM	46,7	51,2	40,9	42,5	81,5	47,7	46,4	41,0	...
Großbritannien	MILL. DM	41,2	39,2	32,2	32,8	40,4	50,8	38,3	51,2	...
*Einzelhandelsumsätze (Mehrzahl)	1970 = 100	211,6	221,7	291,2
*Gastgewerbesumsätze (Mehrzahl)	1970 = 100	174,0	184,9	151,9
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
*Ankünfte	1 000	.	211	95	75	93	p 122	p 94	.	.
darunter *von Auslandsgästen	1 000	.	21	9	7	10	p 15	p 10	.	.
*Übernachtungen	1 000	.	1 217	353	298	340	p 421	p 348	.	.
darunter *von Auslandsgästen	1 000	.	47	20	17	22	p 31	p 22	.	.
Verkehr										
Seeschifffahrt¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 249	1 205	1 235	993	1 180
Güterversand	1 000 t	496	498	470	508	520
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	200	202	195	183	159	183	214	135	174
*Güterversand	1 000 t	227	208	181	180	192	123	129	87	128
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter										
Krafttrader (einschließlich Motorroller)	Anzahl	299	377	39	68	237	54	51	100	...
*Personenkraftwagen ²⁾	Anzahl	8 566	8 047	6 304	6 707	8 069	6 684	6 263	5 510	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	547	536	431	391	476	302	319	236	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 401	1 474	1 287	1 111	1 038	1 638	1 059	p 886	p 923
*Getötete Personen	Anzahl	44	44	50	31	43	61	30	p 30	p 31
*Verletzte Personen	Anzahl	1 828	1 909	1 675	1 519	1 338	2 036	1 352	p 1 177	p 1 190

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980/81			1981/82				
		Monats- durchschnitt ¹⁾			Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen ²⁾											
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	46 900	52 677	52 677	52 742	53 236	57 350	58 066	58 329	58 410	
darunter											
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	45 026	50 863	50 863	50 921	51 399	55 519	56 214	56 473	56 536	
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 866	8 893	8 893	8 716	8 815	8 947	9 269	9 227	9 311	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 764	8 766	8 766	8 616	8 701	8 714	8 908	8 858	8 901	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	102	127	127	100	114	234	363	369	410	
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 798	5 420	5 420	5 437	5 566	6 942	7 196	7 135	6 851	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 603	4 027	4 027	3 991	4 032	4 911	5 129	5 118	5 059	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 194	1 393	1 393	1 446	1 533	2 030	2 067	2 017	1 793	
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	32 362	36 550	36 550	36 769	37 019	39 630	39 748	40 112	40 373	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	25 565	28 553	28 553	28 723	28 874	30 014	30 141	30 304	30 255	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 797	7 997	7 997	8 046	8 145	9 616	9 607	9 807	10 118	
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	32 142	34 504	34 504	34 228	34 375	35 249	35 935	35 957	35 924	
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	18 340	20 576	20 576	20 466	20 630	22 379	22 242	22 388	22 325	
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	13 261	15 050	15 050	14 956	15 114	16 720	16 458	16 665	16 579	
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 079	5 526	5 526	5 509	5 517	5 659	5 784	5 723	5 746	
*Spareinlagen	Mill. DM	13 802	13 928	13 928	13 762	13 745	12 869	13 693	13 568	13 599	
*bei Sparkassen (ab Dez. 80: Spareinlagen, Sparbriefe, Namenssparschuldverschreibungen)	Mill. DM	7 797	7 924	9 772	9 784	9 812	9 559	10 015	9 989	10 033	
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	659	728	828	979	696	651	875	1 122	759	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	630	719	777	1 153	716	624	783	1 252	729	
Zahlungsschwierigkeiten											
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	27	36	48	42	45	60	31	55	63	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,1	0,3	1	-	3	-	-	-	-	
*Wechselprotelle (ohne die bei der Post)	Anzahl	298	324	404	373	311	432	343	
*Wechselsumme	Mill. DM	1,8	2,0	2,8	2,5	2,0	3,8	3,0	
Steuern											
		Vierteljahres- durchschnitt			4. Vj. 80	4. Vj. 81					
Steueraufkommen nach der Steuerart											
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 109,0	2 104,1	2 343,0	.	.	.	2 269,3	.	.	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 521,0	1 484,0	1 716,6	.	.	.	1 651,0	.	.	
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 019,7	1 044,9	1 231,5	.	.	.	1 252,4	.	.	
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	349,3	282,4	356,6	.	.	.	250,9	.	.	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	14,9	20,0	17,5	.	.	.	22,0	.	.	
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	137,2	136,8	111,0	.	.	.	125,7	.	.	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	588,1	620,1	626,5	.	.	.	618,3	.	.	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	398,3	419,5	412,7	.	.	.	402,5	.	.	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	189,8	200,6	213,7	.	.	.	215,8	.	.	
*Bundessteuern	Mill. DM	127,0	141,2	117,5	.	.	.	145,9	.	.	
*Zölle	Mill. DM	0,3	0,2	0,2	.	.	.	0,1	.	.	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	116,9	130,5	111,6	.	.	.	138,9	.	.	
*Landessteuern	Mill. DM	130,8	128,1	121,4	.	.	.	116,8	.	.	
*Vermögensteuer	Mill. DM	28,6	26,0	28,4	.	.	.	29,7	.	.	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	67,8	68,1	59,7	.	.	.	54,1	.	.	
*Biersteuer	Mill. DM	4,3	4,4	4,2	.	.	.	4,3	.	.	
*Gemeindesteuern	Mill. DM	288,3	272,1	276,1	.	.	.	270,8	.	.	
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,1	7,2	7,0	.	.	.	7,0	.	.	
*Grundsteuer B	Mill. DM	50,3	52,5	46,8	.	.	.	49,6	.	.	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	203,8	193,3	200,5	.	.	.	195,5	.	.	
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	4,7	0,2	0,1	.	.	.	0,1	.	.	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 132,6	1 154,2	1 266,4	.	.	.	1 256,6	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	582,0	569,7	669,1	.	.	.	640,0	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	397,0	418,6	422,9	.	.	.	417,3	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	26,6	24,9	56,9	.	.	.	53,4	.	.	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 190,4	1 178,9	1 270,6	.	.	.	1 273,2	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	714,7	695,4	790,9	.	.	.	766,6	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	318,4	334,7	301,5	.	.	.	336,4	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	26,6	24,9	56,9	.	.	.	53,4	.	.	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	456,4	440,1	637,3	.	.	.	630,4	.	.	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	150,5	143,6	86,6	.	.	.	88,6	.	.	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	221,3	217,8	475,0	.	.	.	466,5	.	.	

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1979	1980	1980/81			1981/82			
	Monats- durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Preise									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1976 = 100									
Einfuhrpreise	109,1	125,3	130,9	135,1	139,0	143,3	143,3	144,4	...
Ausfuhrpreise	108,2	115,1	116,6	117,8	118,9	122,8	123,1	124,8	...
Grundstoffpreise ⁶⁾ (1970 = 100)	156,1	173,6	179,7	182,9	185,6	196,2	196,7	198,6	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ⁶⁾	108,9	117,1	120,0	121,2	122,2	129,5	129,8	131,5	131,6
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	96,9	99,3	102,8	102,0	102,1	p 110,4	p 111,5	p 111,3	p 109,5
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	121,1	134,1	.	.	138,4	143,7
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	106,0	112,7	116,4	117,6	118,6	124,5	124,8	125,9	p 126,3
Einzelhandelspreise	110,1	116,1	118,0	119,0	119,7	124,3	124,7	125,7	126,2
*Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte darunter für	110,9	117,0	119,3	120,3	121,2	126,4	126,8	127,9	128,2
*Nahrungs- und Genußmittel	108,2	112,7	113,8	115,3	116,2	119,8	120,3	121,7	122,6
Kleidung, Schuhe	114,2	120,8	123,4	124,0	124,7	129,5	129,7	130,0	130,9
Wohnungsmieten	109,8	115,4	117,3	117,7	118,1	122,6	123,0	123,6	124,1
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	124,8	137,6	145,4	148,2	151,0	166,0	166,4	172,2	168,4
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	110,2	116,7	119,7	121,2	121,8	126,1	126,7	127,9	128,9
Löhne und Gehälter									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	577	609	.	601
darunter *Facharbeiter	607	644	.	636
*weibliche Arbeiter	377	400	.	404
darunter *Hilfsarbeiter	361	385	.	388
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	13,45	14,35	.	14,34
darunter *Facharbeiter	14,16	15,14	.	15,05
*weibliche Arbeiter	9,37	9,99	.	10,22
darunter *Hilfsarbeiter	8,97	9,60	.	9,81
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	42,7	42,4	.	41,9
weibliche Arbeiter (Stunden)	40,1	40,1	.	39,5
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 086	3 319	.	3 413
*weiblich	2 126	2 272	.	2 333
Technische Angestellte									
*männlich	3 305	3 526	.	3 570
*weiblich	2 040	2 192	.	2 255
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	2 675	2 863	.	2 959
*weiblich	1 806	1 943	.	2 019
Technische Angestellte									
männlich	2 735	2 955	.	2 929
weiblich
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	2 808	3 008	.	3 101
weiblich	1 893	2 035	.	2 107
Technische Angestellte									
männlich	3 267	3 490	.	3 530
weiblich	2 035	2 192	.	2 252

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31.12.

2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur

monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassensämter

3) einschließlich durchlaufender Kredite

4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

6) ohne Umsatz-(Mehrwert)-steuer

Jahreszahlen B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾ in 156 Berichtsgemeinden			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EG- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt	im sozialen Wohnungs- bau						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1976	16	15	12	1 040	5 394	2 278	920	4 719	2 951	229	24 469	480
1977	16	18	10	1 057	6 092	2 298	808	5 186	3 007	237	24 069	494
1978	20	15	7	1 072	5 246	2 267	747	4 324	2 942	246	2 381	505
1979	19	17	8	1 089	5 607	2 530	724	4 655	2 836	255	21 823	549
1980	18 ^a	19 ^a	7 ^a	1 107 ^a	6 137	2 837	863	4 964	2 976	238	22 748	522

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁵⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000							in Mill. DM				
1976	922	9	785	47	17 716	591	23 184	11 705	477,6	153,0	61,4	37,4
1977	979	11	838	49	18 720	728	24 620	12 552	513,8	169,9	63,8	36,0
1978	1 035	14	889	51	18 587	633	24 330	13 437	559,6	183,2	62,2	39,2
1979	1 094	16	940	54	16 815	522	21 930	13 802	597,7	196,8	60,5	44,3
1980	1 129	20	968	56	17 684	523	22 904	13 928	658,3	213,2

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁶⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch- steuern	Gewerbe- steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁷⁾	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins- gesamt	Lohn- steuer	veranlagte Einkommen- steuer				ins- gesamt	Kredit- markt- mittel
	Mill. DM											
1976	3 418	3 387	1 318	1 357	4 071	2 561	1 213	430	647	6 019	2 463	1 931
1977	3 788	3 876	1 466	1 487	4 596	2 822	1 403	481	735	6 613	2 491	1 940
1978	4 022	4 141	1 516	1 778	4 759	2 849	1 474	498	745	7 317	2 544	2 003
1979	4 386	3 487	1 544	2 004	5 091	3 002	1 545	523	834	7 865	2 592 ^b	2 044 ^b
1980	4 613	4 772	1 825	2 352	5 360	3 443	1 394	467	834	9 065	2 557	1 981 ^b

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn- gebäude 1976 = 100	der Lebenshaltung ⁹⁾ 1976 = 100		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie ¹⁰⁾ und Handel			öffentlicher Dienst	
	gewerb- licher Produkte	landwirt- schaftlicher Produkte		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾		
	1976 = 100	1976 = 100					kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokrant)		
	DM											
1976	100	100	100	100	100	482	315	2 341	1 554	2 716	2 462	1 825
1977	102,7	98,9	104,9	103,7	104,9	515	340	2 495	1 681	2 905	2 590	1 919
1978	103,9	95,5	111,3	106,5	106,4	544	361	2 654	1 786	3 070	2 704	2 003
1979	108,9	96,9	121,1	110,9	108,2	577	377	2 808	1 893	3 267	2 811	2 082
1980	117,1	99,3	134,1	117,0	112,7	609	400	3 008	2 035	3 490	2 985	2 210

1) Errichtung neuer Gebäude (Wohn- und Nichtwohnbau) 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres) 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) ohne Kassenkredite 7) ohne Schulden der Eigenbetriebe 8) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 9) für alle privaten Haushalte 10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind a) vorläufiges Ergebnis b) ohne Schulden der Krankenhäuser

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. November 1981			Bevölkerungsveränderung im November 1981			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1982 (vorläufige Zahlen)							
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte					
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)							in %				
FLensburg	87 658	-	0,0	-	0,4	-	45	30	-	15	26	-	38	
KIEL	249 918	+	0,1	-	0,2	-	108	295	187	79	1	103		
LÜBECK	219 423	-	0,0	-	0,6	-	145	70	-	75	68	3	78	
NEUMÜNSTER	80 027	-	0,1	-	0,2	-	43	-	25	-	68	24	-	28
Dithmarschen	130 955	+	0,1	+	0,3	-	41	111	70	38	4	47		
Hzgt. Lauenburg	157 036	-	0,0	+	0,8	-	27	14	-	13	50	1	64	
Nordfriesland	162 360	-	0,1	+	0,2	-	44	-	128	-	172	69	3	90
Ostholstein	193 273	-	0,1	+	0,9	-	67	-	63	-	130	62	2	76
Pinneberg	260 873	+	0,0	+	0,2	-	19	82	63	92	-	117		
Plön	116 432	+	0,2	+	0,0	-	38	218	180	39	-	56		
Rendsburg-Eckernförde	246 543	-	0,0	+	0,5	-	36	6	-	30	101	3	133	
Schleswig-Flensburg	182 390	+	0,0	+	0,3	-	24	34	-	10	62	2	86	
Segeberg	212 012	+	0,0	+	0,9	-	19	45	26	106	8	137		
Steinburg	128 759	-	0,0	-	0,2	-	78	32	-	46	48	1	58	
Stormarn	191 883	+	0,0	+	1,5	-	61	141	80	59	3	79		
Schleswig-Holstein	2 619 542	+	0,0	+	0,3	-	795	862	67	923	31	1 190		

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1982		
	Betriebe am 28. 2. 1982	Beschäftigte am 28. 2. 1982	Umsatz ⁴⁾ im Februar 1982 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	77	9 070	114	32 806	29 535	337
KIEL	139	26 114	246	92 734	83 828	336
LÜBECK	148	24 495	227	80 183	72 176	329
NEUMÜNSTER	77	9 964	85	33 446	29 748	371
Dithmarschen	80	6 930	289	63 610	51 128	391
Hzgt. Lauenburg	99	8 656	77	67 793	58 315	371
Nordfriesland	59	3 146	52	74 723	60 401	373
Ostholstein	90	5 759	83	80 723	69 098	358
Pinneberg	195	21 599	275	115 489	100 979	387
Plön	49	2 813	29	53 791	45 353	390
Rendsburg-Eckernförde	131	11 061	134	112 318	93 903	381
Schleswig-Flensburg	87	4 965	103	87 176	70 760	388
Segeberg	177	14 566	186	108 657	93 444	440
Steinburg	98	10 701	167	58 899	48 092	373
Stormarn	147	15 619	470	87 472	76 940	401
Schleswig-Holstein	1 653	175 458	2 537	1 149 820	983 700	376

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 11. 1981 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1981			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 1. 1982	Kurzarbeiter Monatsmitte Jan. 1982	offene Stellen am 31. 1. 1982	Schweine insgesamt am 3. 8. 1981	Rindvieh am 3. 6. 1981	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 619,8	+ 5,0	+ 0,4	100	20	4	1 874	1 582	497
Hamburg	1 639,0	- 8,6	- 0,6	49	10	4	11	15	3
Niedersachsen	7 267,9	+ 2,6	+ 0,2	279	58	13	7 101	3 261	1 057
Bremen	692,6	- 4,2	- 0,4	28	5	2	8	22	4
Nordrhein-Westfalen	17 051,5	+ 0,8	- 0,1	557	129	27	5 685	2 012	610
Hessen	5 609,7	+ 4,2	+ 0,2	142	49	12	1 343	905	293
Rheinland-Pfalz	3 643,0	- 0,1	- 0,0	114	31	7	696	691	235
Baden-Württemberg	9 287,8	+ 4,4	+ 0,3	188	108	24	2 281	1 855	682
Bayern	10 953,1	+ 4,5	+ 0,3	385	108	24	4 283	4 990	1 887
Saarland	1 064,3	- 5,0	- 0,3	38	10	1	51	74	26
Berlin (West)	1 890,4	- 10,9	- 0,4	70	12	4	4	1	0
Bundesgebiet	61 719,2	+ 1,8	+ 0,1	1 950	539	122	23 339	15 406	5 395

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im November 1981	
	Beschäftigte am 31. 12. 1981 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Dezember 1981		Beschäftigte am 30. November 1981		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	177	2 920	19	52	20	985	3,8
Hamburg	164	7 385	11	29	18	411	2,5
Niedersachsen	694	10 789	30	144	20	2 508	3,5
Bremen	88	2 035	23	14	20	132	1,9
Nordrhein-Westfalen	2 112	31 626	27	282	17	5 642	3,3
Hessen	646	8 224	31	102	18	1 849	3,3
Rheinland-Pfalz	388	6 708	40	74	20	1 972	5,4
Baden-Württemberg	1 445	19 386	31	196	21	4 572	4,9
Bayern	1 342	17 064	31	260	24	5 134	4,7
Saarland	153	1 980	32	20	19	425	4,0
Berlin (West)	172	2 781	12	32	17	227	1,2
Bundesgebiet	7 381	110 897	28	1 206	20	23 857	3,9

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1981			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Dezember 1981				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30. 11. 1981 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000			in DM je Einwohner							
Schleswig-Holstein	1 149	983	376	1 059	30	1 352	131	4 912	497	495	...
Hamburg	632	569	347	743	18	953	131	8 185	846	4 106	...
Niedersachsen	3 272	2 774	382	2 699	103	3 632	138	6 028	508	571	...
Bremen	269	242	350	269	8	314	120	6 773	659	1 320	...
Nordrhein-Westfalen	7 248	6 476	380	6 362	159	8 193	131	6 916	578	977	...
Hessen	2 624	2 277	406	2 066	54	2 780	137	7 560	624	856	...
Rheinland-Pfalz	1 749	1 468	403	1 375	37	1 860	138	6 796	530	674	...
Baden-Württemberg	4 349	3 697	399	3 331	114	4 478	138	7 364	632	875	...
Bayern	5 140	4 194	383	3 830	132	5 258	141	7 654	552	680	...
Saarland	470	420	394	490	15	564	118	6 542	505	563	...
Berlin (West)	654	582	308	823	15	1 010	125	6 694	445	1 564	...
Bundesgebiet	27 655 ^{a)}	23 731 ^{a)}	385	23 047	685	30 394	135	6 995	574	911	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

7) ohne Postspareinlagen

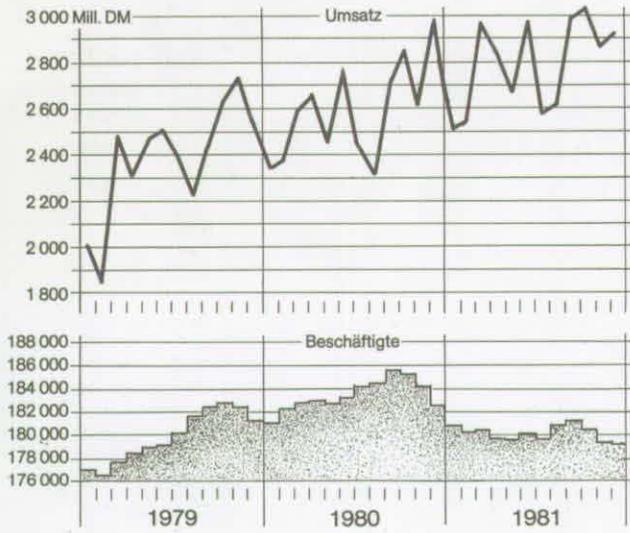
a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

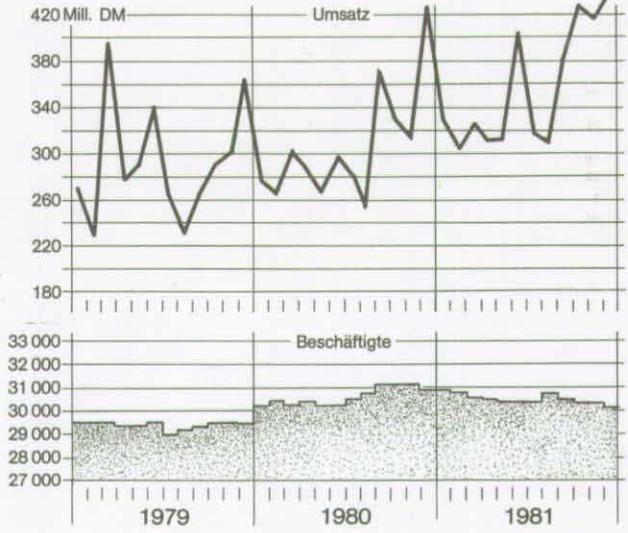
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Teil A — in den Heften der ungeradzahigen Monate — enthält: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Wanderungsbewegung, natürliche Bevölkerungsbewegung); Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet; Verunglückte im Straßenverkehr; Arbeiterverdienste; Steueraufkommen

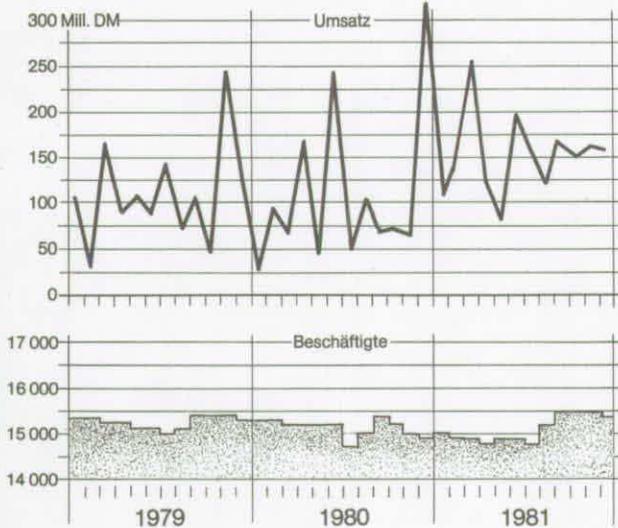
Verarbeitendes Gewerbe*



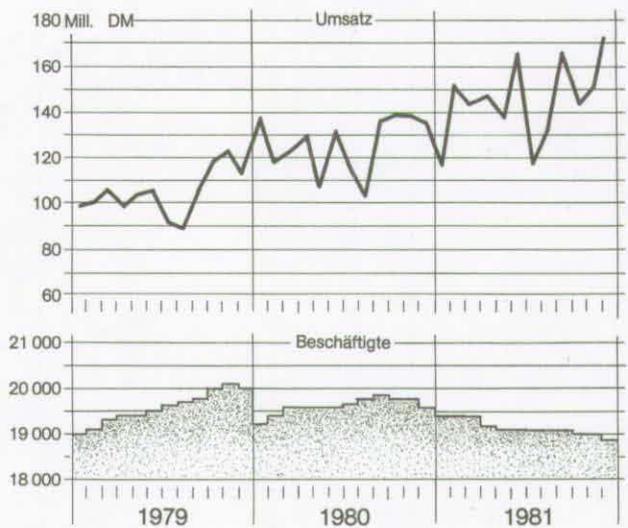
Maschinenbau*



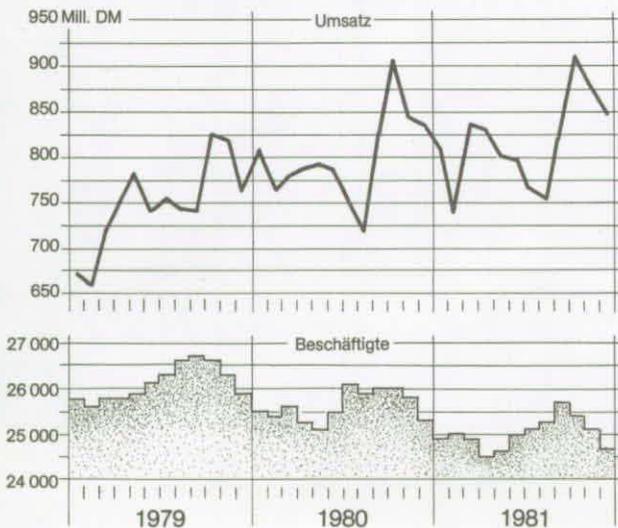
Schiffbau*



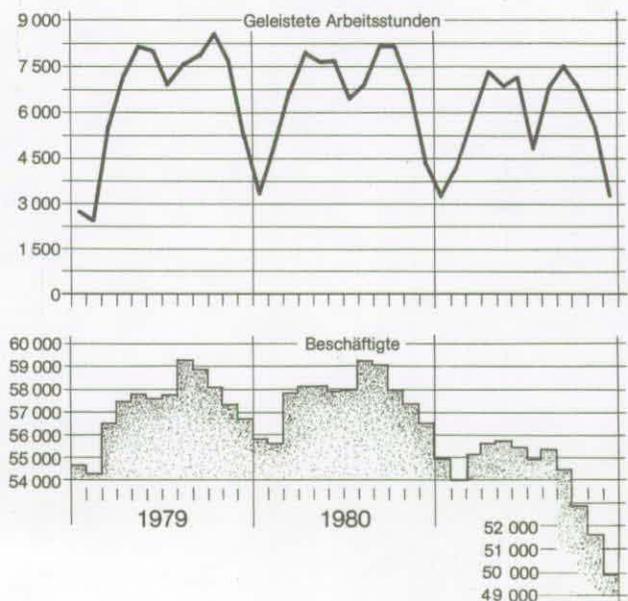
Elektrotechnik*



Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



*Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

